
Ungleiche Brüder?

Die Reformwege Tschechiens und der Slowakei

Jakob Juchler

1. Einleitung

Als sich am 1. Januar 1993 die Tschechoslowakei in die beiden neuen Staaten Tschechien und Slowakei aufteilte, herrschte weitherum Skepsis über die weitere Entwicklung. Unsicher schienen die wirtschaftlichen, zum Teil auch die politischen Aussichten, vor allem in der kleineren Slowakei. Nach über drei Jahren Eigenständigkeit soll in diesem Beitrag nun der Versuch unternommen werden, die bisherigen Entwicklungen in einer Übersicht nachzuzeichnen (1). Zudem wird am Rande auch auf Unterschiede zu anderen osteuropäischen Ländern, insbesondere zum Nachbarland Polen hingewiesen, um Besonderheiten der beiden Länder hervorzuheben.

Stellt man auf die gängigen Meinungen und allseits bekannten Fakten ab, ergibt sich scheinbar ein einfaches Bild. In einer Zusammenstellung der Central European Economic Review, die die wirtschaftliche Attraktivität der postsozialistischen Länder durch bekannte westliche Experten bewerten ließ, rangierte Tschechien beispielsweise an erster Stelle, knapp vor Slowenien und Polen. Und der tschechische Premierminister Václav Klaus meinte in einem Interview Ende 1995 selbstbewußt, daß Tschechien den schnellsten und erfolgreichsten Prozeß der Systemänderungen in der ganzen postkommunistischen Welt erfahren habe (2). Tschechien wurde auch als erstes osteuropäisches Land Ende 1995 Mitglied der OECD. Die Regierung wurde seit den Wahlen von 1992 ununterbrochen von der gleichen Mitte-Rechts-Koalition gestellt. Und die daran beteiligten Parteien hätten, den Umfragen zufolge, auch die Wahlen vom Juni 1996 gewinnen sollen, allen voran die rechtsliberale Partei des Premierminister Klaus.

In der bereits erwähnten Zusammenstellung der Central European Economic Review figurierte die Slowakei hingegen mit einigem Abstand gegenüber dem Leader Tschechien nur auf Platz fünf als letzter der mitteleuropäischen Visegrad-Staaten. Vom Europarat und der EU wurde die Slowakei im Herbst 1995 auch wegen ihrer Minderheitenpolitik und ihrem Demokratieverständnis gerügt. Vladimír Mečiar, Premierminister und starker Mann, wehrte die Kritik wie üblich ab und erklärte selbstbewußt, man wolle zwar nach Europa, aber nicht auf den Knien (3). Seit der Unabhängigkeit ist bereits die dritte Regierung im Amt, eine „bunte“ Links-/Rechts-Koalition von drei unterschiedlichen Parteien, die im Dauerclinch mit dem Präsidenten und der Opposition liegt. Sie hat im Dezember 1995 eine ebenfalls sehr heterogene Koalition von Mečiar-Gegnern abgelöst, nachdem diese die vorzeitigen Wahlen vom Herbst 1995 verloren hatte.

Somit scheint schon auf den ersten Blick alles klar zu sein. Die generelle Einschätzung, die auch im Westen dominiert, kann folgendermaßen auf den Punkt gebracht werden: Tschechien habe bereits einen erfolgreichen – wenn nicht sogar den erfolgreichsten – Reformweg hinter sich, mit einer beeindruckenden Stabilität, während der „kleine“ Bruder, die Slowakei, sich mit wirtschaftlichen und vor allem politischen Problemen herumschlage. Daß die Dinge nicht ganz so einfach sind, zeigte schon der überraschende Wahlausgang in Tschechien, wobei die favorisierten Koalitionsparteien ihre absolute Mehrheit verloren. Die folgenden Ausführungen versuchen etwas von der Komplexität der Transformationsprozesse aufzuzeigen. Zuerst werden die wirtschaftlichen, nachher die politischen Entwicklungen dargelegt.

2. Die wirtschaftlichen Entwicklungen

2.1 Die Ausgangsbedingungen

Um den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklungen verständlich zu machen, ist es unumgänglich, kurz auf die Ausgangsbedingungen vor der Trennung einzugehen (4). Neben Polen stellte die Tschechoslowakei zweifellos das osteuropäische Land dar, welches die wirtschaftliche Umstellung am konsequentesten nach einer sogenannten „Big-Bang“-Strategie oder „Schocktherapie“ eingeleitet hatte, wie sie von internationalen Organisationen wie dem internationalen Währungsfonds empfohlen worden waren. Polen spielte dabei die Pionierrolle, indem es den sogenannten Balcerowicz-Plan innerhalb weniger Monate ausarbeitete und Anfang 1990 in Kraft setzte. Die Tschechoslowakei folgte mit dem von Vaclav Klaus geprägten Reformplan ein Jahr später.

Diese „Verspätung“ hing damit zusammen, daß es in der Tschechoslowakei zu einer anderen Prioritätenliste als in Polen gekommen war. Dies wiederum war mit dem unterschiedlichen Charakter der Wende verknüpft. In Polen war es unter dem Druck einer sich verschärfenden

Wirtschaftskrise und einer starken Opposition zu einem evolutiven Übergang gekommen, wobei eine nur graduelle politische Veränderung, gleichzeitig jedoch ein radikaler wirtschaftlicher Wandel anvisiert wurde. In der Tschechoslowakei hingegen war es durch den fehlenden Reformwillen des orthodoxen Regimes zu einem abrupten Übergang gekommen – ähnlich wie in der DDR, so daß nach der „samtenen“ Revolution vom November 1989 eine umgekehrte Prioritätenliste entstand. Vordringlich war der politische Umbau, die Umstellung der Wirtschaft ging man hingegen vorerst zögerlich an. Es fehlte auch der unmittelbare Reformdruck, da sich die wirtschaftliche Situation längst nicht so dramatisch präsentierte wie in Polen. Insbesondere war es um Preisstabilität und Versorgungslage viel besser bestellt, ganz abgesehen vom generellen Entwicklungsvorsprung mit einem gut um ein Drittel höheren Pro-Kopf-Einkommen sowie einer viel geringeren Schuldenlast. Erst nach den Wahlen setzte sich ein relativ „radikaler“, neoliberal orientierter Kurs durch, der vor allem in der tschechischen Teilrepublik Unterstützung fand. So wurde eine ähnliche „Schockstrategie“ wie in Polen konzipiert, die am 1. Januar 1991 in Kraft gesetzt wurde. Das Reformprogramm umfaßte insbesondere eine Preisliberalisierung – rund 85 Prozent der Preise wurden freigegeben –, Preiserhöhungen auf staatlich kontrollierten Preisen mit einem deutlichen Subventionsabbau, weitgehende interne Konvertierbarkeit der Währung mit einem stark abgewerteten fixen Wechselkurs, hohe Zinsen durch den stark erhöhten Diskontsatz der Nationalbank, Liberalisierung des Außenhandels, prohibitive Lohnwachstumssteuer sowie eine weitgehende Privatisierung der Wirtschaft.

Die Auswirkungen des Reformprogrammes waren in beiden Teilrepubliken ähnlich und unterschieden sich auch nicht grundlegend von denjenigen des polnischen Reformprogrammes, obwohl die Verlaufsmuster einzelner Indikatoren beträchtliche Verschiedenheiten zeigten (vgl. Tabelle 1 im Anhang). Sie beinhalteten einen deutlichen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes – 1991–1992 rund 20 Prozent –, einen starken Rückgang der Reallöhne sowie eine hohe Anpassungs-inflation mit einer nachfolgenden Stabilisierung. Deutlich ungünstiger entwickelte sich aber in der Slowakei, vor allem aufgrund der rückständigeren Wirtschaftsstruktur, die Arbeitslosigkeit – Ende 1991 schon 11,8 Prozent, Ende 1992 noch 10,4 Prozent –, während in Tschechien nur eine relativ geringe Zunahme auf 4,1 Prozent Ende 1991 und eine erneute Abnahme auf 2,6 Prozent Ende 1992 zu verzeichnen war. Auch der Außenhandel und die Budgetlage hatten sich in Tschechien viel besser entwickelt, wobei die Slowakei allerdings von einer Umverteilung der gesamtsstaatlichen Mittel profitierte. Die Unzufriedenheit mit der allgemeinen Entwicklung und der Wirtschaftslage waren in der Slowakei deutlich größer als in Tschechien, wie diverse Umfragen aufzeigten. Dieser Trend betraf weitgehend auch die „große“ Privatisierung. Bereits Ende 1991 war in beiden Teilrepubliken im Rahmen einer ersten „Welle“ eine Massenprivatisierung mit einem Voucher- bzw. Couponsystem gestartet

worden, die erst nach der Unabhängigkeit abgeschlossen werden konnten. Die „kleine“ Privatisierung war in beiden Ländern schon 1992 weitgehend beendet worden (6).

Kurz zusammengefaßt starteten Tschechien und die Slowakei also mit relativ ähnlichen wirtschaftlichen Bedingungen in die Unabhängigkeit. Die Slowakei wies allerdings einige Handicaps auf, nicht zuletzt aufgrund des historisch bedingten generellen Rückstandes und der einseitigen Industrialisierung während der sozialistischen Phase. Zwar war das Bruttosozialprodukt pro Kopf 1992 nur etwa ein Zehntel geringer als in Tschechien. Aber die Wirtschaftsstruktur gestaltete sich um einiges ungünstiger. So entfielen z. B. rund 65 Prozent der tschechoslowakischen Waffenindustrie auf die Slowakei, auch die ausländischen Direktinvestitionen waren pro Kopf fast viermal geringer. Zudem lasteten weitere Nachteile auf der Slowakei, insbesondere die erwähnte höhere Arbeitslosigkeit und die größeren Finanzprobleme sowie die Abhängigkeit von Tschechien in bezug auf den Außenhandel – über die Hälfte der Industrieproduktion gingen z. B. in die tschechische Teilrepublik, nur rund ein Viertel der tschechischen in die Slowakei (7). So lag die Annahme nahe, daß die Trennung für die Slowakei größere Probleme mit sich bringen würde. Unklar war auch, wie sich der wirtschaftspolitische Kurs in den beiden Ländern entwickeln würde. Die Slowakei tendierte nämlich unter Premierminister Meciar zu einer Richtungsänderung. Meciar hatte die Wahlen vom Juni 1992 neben zugkräftigen nationalen Parolen auch mit dem Versprechen eines Kurswechsels in Richtung einer stärker sozialen und staatsinterventionistischen Politik gewonnen, eine Orientierung, die auch mehrheitlich in der Bevölkerung geteilt wurde. Sein diffuses wirtschaftspolitisches Programm für die neue Republik ließ in dieser Hinsicht allerdings vieles offen. In Tschechien hingegen dominierte unter Václav Klaus ein liberal-konservativer Kurs, der ebenfalls von einer Mehrheit unterstützt wurde und der nach der Trennung verschärft werden sollte, nachdem nun überhaupt keine Rücksicht mehr auf die slowakische Teilrepublik genommen werden mußte.

2.2 Die Entwicklung der Wirtschaftslage in der Slowakei

Die Entwicklung in den ersten Monaten nach der Teilung schien die Befürchtungen über eine instabile wirtschaftliche Entwicklung zu bestätigen und die offiziellen zweckoptimistischen Prognosen zu widerlegen. Die Trennungsfolgen waren einschneidender als erwartet, wobei das vorschnelle Ende einer gemeinsamen Währung – bereits im Februar 1992 – besonders ins Gewicht fiel. Die wirtschaftlichen Daten des ersten Quartals waren jedenfalls alles andere als ermutigend. In der Slowakei stieg die Arbeitslosenrate bis Ende März auf 12,0 Prozent. Der Handelseinbruch mit Tschechien wurde auf ein Drittel geschätzt. Gegenüber dem ersten Quartal 1992 gab es einen deutlichen Preisanstieg

(+19 Prozent, vor allem wegen der Einführung der Mehrwertsteuer Anfang des Jahres) sowie einen starken Rückgang der Industrieproduktion (-14 Prozent). Weiterhin plagte eine Energie- und Budgetkrise den noch ungefestigten Staat. Zahlreiche Unternehmen waren vom Bankrott bedroht – nach Angaben des Wirtschaftsministers rund 900 von 2000 größeren Betrieben (8). Die neue slowakische Währung geriet schnell unter Abwertungsdruck, wobei zuerst nicht darauf reagiert wurde. Erst im Juli nahm die Nationalbank überraschend eine Abwertung von 10 Prozent vor. In der zweiten Jahreshälfte wurde vermehrt eine aktivere staatliche Wirtschaftspolitik propagiert, z. B. mit direkten Investitionshilfen und Anreizen für inländische und ausländische Investoren, obwohl am vorsichtigen, vor allem stabilitätsorientierten Kurs festgehalten wurde. Dieser war bereits im Winter eingeleitet worden, nicht zuletzt unter dem Druck der schlechten Finanzlage und des Internationalen Währungsfonds. Im Sommer wurde auch die Mehrwertsteuer angehoben, um das Budgetdefizit einzudämmen (9).

Die Wirtschaftslage blieb 1993 trotz einzelner Verbesserungen kritisch (vgl. Tabelle 1). Ende des Jahres betrug die Arbeitslosenrate bereits 14,4 Prozent. Für 1993 wurde der Rückgang des BIP mit 5 Prozent, das Budgetdefizit mit 7 Prozent des BIP und die Inflation mit 23 Prozent angegeben. Handelsbilanz und Leistungsbilanz waren defizitär. Die Auslandsdirektinvestitionen nahmen nur wenig zu, von 231 Millionen \$ Ende 1992 auf 308 Millionen Ende 1993. Versprochene soziale Verbesserungen wurden nicht realisiert. Die Ausgaben für Soziales waren bereits im Budget gekürzt worden – von 24,8 Prozent des BIP 1992 auf 21,2 Prozent –, die Reallöhne fielen um knapp 4 Prozent (10). Auch die strukturellen Umstellungen wurden durch Konflikte um die weitere Privatisierungspolitik behindert. Die Regierung wollte bei der zweiten Welle die traditionellen Standardmethoden des Verkaufs und der Ausschreibung forcieren, die Coupons-Privatisierung hingegen zurückstutzen. Die Privatisierung kam denn auch – mit Ausnahme des Handels – wenig voran. Ende des Jahres betrug der Anteil des Privatsektors erst etwas über ein Viertel des BIP, nur 5 Prozentpunkte mehr als 1992, wenn man den Genossenschaftssektor – rund 14 Prozent des BIP – nicht mitberücksichtigt (11).

Auch für 1994 sahen die Perspektiven eher düster aus. Im offiziellen Budgetentwurf für das Jahr 1994 wurde z. B. mit einer Arbeitslosigkeit von 17 Prozent gerechnet. 1994 gelang es aber, wie in den meisten anderen osteuropäischen Staaten, eine eigentliche Wende zu vollziehen. So begann die Industrieproduktion bereits ab dem ersten Quartal wieder zu steigen, die Inflationsraten gingen – wenn auch mit einigen Schwankungen – zurück. Die Arbeitslosenraten sanken zwar nur für kurze Zeit – von 15,2 Prozent im Januar auf 13,9 Prozent im Mai – und stiegen bis Ende des Jahres wieder auf 14,8 Prozent an; sie blieben damit aber unter den ursprünglichen Erwartungen. Ende des Jahres resultierte ein Wachstum des BIP von 4,8 Prozent, deutlich mehr als im favorisierten Tschechien mit seinen 2,6 Prozent. Auch die Inflation blieb mit 13 Pro-

zent deutlich unter dem Vorjahreswert, genauso wie das Budgetdefizit von 3,7 Prozent. Die wirtschaftliche Wende hing vor allem mit der verbesserten ausländischen Nachfrage zusammen. Die Exporte stiegen 1994 um über 20 Prozent, was im Zusammenspiel mit einer Importzunahme von nur 4 Prozent wieder zu einer positiven Handels- und Leistungsbilanz führte. Die bescheidene Importzunahme war dabei durch eine restriktive Fiskalmaßnahme mitbedingt. Die Regierung Meciar hatte noch kurz vor ihrem Fall im März eine Importsteuer von 10 Prozent für Konsumgüter verfügt. Der restriktive stabilitätsorientierte Kurs wurde dann von der neuen Regierung Moravcik noch verschärft. So wurden härtere Budgetausgleichsmaßnahmen getroffen, um das Defizit unter 4 Prozent des BIP zu drücken, wie vom IWF für die Gewährung von Beistandskrediten verlangt worden war (12).

Die Privatisierung war auch 1994 Gegenstand heftiger Konflikte. So ließ Meciar kurz vor seinem Fall noch schnell 45 Firmen privatisieren, z. T. an ihm politisch nahestehende Personen und Unternehmen. Die Nachfolgeregierung von Moravcik ließ allerdings einige problematische Fälle wieder rückgängig machen und beschleunigte das Privatisierungstempo. Sie weitete auch die recht populäre Coupons-Privatisierung aus, die im September begann. Für 30 Dollars konnten Coupons gekauft werden. Bis Ende November ließen sich 3,5 Millionen, d. h. über 90 Prozent der berechtigten Bürger und Bürgerinnen sowie 166 Investmentfonds registrieren. Von der neuen, Mitte Dezember ihr Amt antretenden Meciar-Regierung wurde das Programm aber wieder ausgesetzt. Trotz dieser Turbulenzen nahm die Privatisierung deutlich schneller zu als im Vorjahr, wobei der große Sprung von 27 Prozent des BIP auf 44 Prozent (ohne den Genossenschaftssektor von nochmals 14 Prozent) auch durch andere Definitionskriterien wie den partieller Einbezug von gemischten Gesellschaften mitbedingt war (13). Das Engagement des Auslandskapital hielt sich allerdings weiterhin in engen Grenzen. 1994 waren mit rund 200 Millionen \$ zwar etwas mehr Direktinvestitionen getätigt worden als 1993, aber mit insgesamt 508 Millionen war der Gesamtbetrag immer noch bescheiden. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung nahmen auch die Reallöhne wieder leicht zu, ohne allerdings zu einer spürbaren Verbesserung der materiellen Lage beizutragen. Zwar gaben in einer Umfrage von Anfang Januar 1995 mit 47 Prozent etwas weniger Leute als vor einem Jahr an, ihr Lebensstandard habe sich in den letzten 12 Monaten verschlechtert, aber immer noch nur 13 Prozent perzipierten eine Verbesserung, während 40 Prozent (ein Jahr vorher 29 Prozent) meinten, er sei gleich geblieben. Diese Resultate widerspiegeln auch die zunehmende soziale Differenzierung, die durch eine Anfang 1994 durchgeführte Reduktion der Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer von 47 Prozent auf 42 Prozent zusätzlich gefördert wurde (14).

Auch die neue Regierung Meciar, die sich durch den Einbezug der linkspopulistischen ZRS noch heterogener präsentierte als sein erstes Kabinett, brachte keinen wirtschaftspolitischen Kurswechsel, obwohl

Meciar im Wahlkampf erneut diverse Versprechungen gemacht hatte, soziale Anliegen ins Zentrum zu stellen. Meciar unterstützte die restriktive Geldpolitik der Nationalbank und setzte die Priorität auf eine Sanierung des Budgetdefizites. So wurden Forderungen der Gewerkschaften für materielle Verbesserungen zurückgebunden. Trotz der beschleunigten wirtschaftlichen Erholung verbesserten sich denn auch die Reallöhne 1995 wiederum nur um 3 Prozent (Jan.-Sept.), obwohl die Löhne zu den niedrigsten in Mitteleuropa gehörten (15). Die mit dem IMF abgemachte Einhaltung eines 3 Prozent Budgetdefizites wurde sogar unterboten. Durch die weiterhin günstigen Außenhandelsbedingungen und die wieder vermehrte Inlandsnachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern war das Wachstum des BIP mit fast 7 Prozent höher ausgefallen als 1994. Zusammen mit Polen und Rumänien gehörte die Slowakei damit zu den Spitzenreitern in Europa. Auch die Inflation fiel mit knapp 8 Prozent geringer aus als noch im Jahr zuvor.

Für heftige Auseinandersetzungen sorgte wiederum die Privatisierungspolitik. Hier wurden schließlich Anfang September im Parlament Änderungen in Richtung traditioneller Standardmethoden durchgesetzt. So wurde die zweite Coupons-Privatisierung gestoppt bzw. in eine andere Form überführt. Die Couponsinhaber erhalten fünfjährige Staatsobligationen von 10.000 Kronen, die sie später auf Wunsch auch für Käufe von Aktien ihrer eigenen Firmen oder von Aktien aus dem staatlichen Privatisierungsfond einsetzen können. Die Investmentfonds wurden stärker eingeschränkt. Dazu wurde ein neues Gesetz über die Staatsinteressen bei Unternehmungen verabschiedet, das rund 25 Unternehmen in staatlicher Hand beläßt und rund 40 weitere Betriebe als „strategisch wichtig“ teilprivatisiert mit speziellen staatlichen Kontrollrechten. Damit verstärkte die Regierung ihren spezifischen Privatisierungskurs: Einerseits präferiert sie direkte Verkäufe, vor allem an das Management, z. T. auch an die Angestellten, oft zu günstigen Bedingungen durch staatliche Kredite oder verminderte Aktienpreise; andererseits strebt sie durch die dominierende Stellung des nationalen Privatisierungsfonds vermehrten direkten Einfluß auf die Wirtschaft an. Obwohl diese Politik mit sozialen und nationalen Interessen gerechtfertigt wird, liegt eine andere, weniger hehre Interpretation näher. Damit können Meciar und seine Gefolgschaft vermehrte politische Kontrolle ausüben, sowohl durch den unmittelbaren Staatseinfluß wie durch die entstehenden persönlichen Bindungen. Dies läuft auf eine Art „Klientelkapitalismus“ hinaus, wie er z. T. auch in Italien bestanden hat. Durch die Auseinandersetzungen verzögerte sich auch das Privatisierungstempo. 1995 wurden nur weitere 5 Prozent des BIP vom privaten Sektor übernommen. Mit dem Genossenschaftssektor zusammen betrug der Anteil Ende des Jahres trotzdem schon rund 63 Prozent, wobei der effektive staatliche Einfluß aufgrund der erwähnten faktischen Strukturen größer ist, als die statistischen Zahlen nahelegen. Nicht zuletzt aufgrund der Privatisierungspolitik blieb auch das Interesse der ausländi-

schen Investoren weiterhin gering. Bis Ende September wurden knapp 175 Millionen \$ Direktinvestitionen getätigt, nur unwesentlich mehr als in der gleichen Vorjahresperiode (17).

Insgesamt ergibt sich also eine gemischte, insgesamt aber über Erwartungen positive Bilanz. Auch für die nähere Zukunft sind die Wachstumsprognosen günstig mit rund 5 Prozent für 1996 und 1997. Allerdings sind diverse Strukturschwächen nicht zu übersehen. Die Restrukturierung der Unternehmen ist immer noch im Rückstand, und zwar noch deutlicher als in Tschechien. Slowakische Unternehmen sind beispielsweise weiterhin stark verschuldet. Die Nettoverschuldung beträgt 23 Prozent des BIP, deutlich mehr als in Tschechien und Ungarn. Rund die Hälfte der Unternehmen kann ihren finanziellen Verpflichtungen nicht ordnungsgemäß nachkommen. Die Arbeitsproduktivität in der Industrie ist in den letzten drei Jahren deutlich weniger schnell angewachsen als in Ungarn, Polen und Slowenien, und im letzten Jahr auch im Vergleich zu Tschechien. Ein weiteres Handicap ist die immer noch stark auf die Schwerindustrie ausgerichtete Branchenstruktur, wobei eine starke Exportabhängigkeit der Industrie besteht. 1995 wurden über 43 Prozent der Industrieproduktion exportiert, wobei nicht einmal ein halbes Dutzend Firmen für den Großteil des Exporterfolges verantwortlich war (18). Obwohl die politischen Turbulenzen, ähnlich wie in Polen, bisher dem wirtschaftlichen Aufschwung wenig geschadet haben, könnte sich dies in Zukunft ändern, da die Konkurrenz unter den osteuropäischen Ländern zunehmen wird, vor allem wenn in Westeuropa wieder stärkere Rezessionstendenzen einsetzen.

2.3 Die Entwicklung der Wirtschaftslage in Tschechien

Wie die Slowakei erlebte auch Tschechien nach der Trennung wirtschaftliche Schwierigkeiten, wenn auch in geringerem Ausmaße. In den ersten drei Monaten kam es zu einer – allerdings nur geringen – Zunahme der Arbeitslosigkeit von 2,6 Prozent auf 2,9 Prozent, zu einem deutlichen Preisanstieg (+21 Prozent; insbesondere wegen der Einführung der Mehrwertsteuer zu Jahresanfang) sowie zu einer Verringerung der Industrieproduktion (–6 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal). Das BIP nahm aber gegenüber dem ersten Quartal von 1992 leicht zu und die Budgetlage blieb aufgrund einer restriktiven Fiskal- und Geldpolitik ausgeglichen. Die Exporte stiegen sogar – außer in die Slowakei. In der Folge zeigte sich weiterhin eine ambivalente Wirtschaftsentwicklung. Mitte September meinte der Finanzminister vor dem Parlament, daß die Auswirkungen der Trennung größer wären als angenommen. In der zweiten Jahreshälfte, vor allem im letzten Quartal, nahm das wirtschaftliche Wachstum denn auch ab, so daß für 1993 mit –0,9 Prozent eine leicht negative Wachstumsrate resultierte (vgl. Tabelle 1). Auch die Inflation verstärkte sich wieder – 1993 betrug sie insgesamt 21 Prozent. Die Arbeitslosigkeit stieg bis Ende des Jahres leicht an auf 3,5 Prozent.

Eine aktive Zahlungsbilanz, ein stabiler Wechselkurs und ein ausgeglichenes Budgetergebnis stellten hingegen deutliche Pluspunkte dar (19). Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung war also einigermaßen glimpflich verlaufen, selbst wenn die offiziellen Prognosen nicht erfüllt werden konnten. Ende 1992 war z. B. noch mit einer Wachstumsrate von 1-3 Prozent gerechnet worden.

Im Gegensatz zur Slowakei wurden auch strukturelle Änderungen zügig vorangetrieben, so daß Ende des Jahres 45 Prozent des BIP (ohne den Genossenschaftssektor von rund 4 Prozent) vom privaten Sektor stammten. Ende 1992 waren es erst 28 Prozent gewesen. Die zweite Welle der allgemeinen Privatisierung wurde Ende September gestartet und fand ein breites Echo in der Bevölkerung; rund 6 Millionen Bürger kauften erneut Coupons. Die Börse war bereits im Frühling eröffnet worden – mit über 900 kotierten Titeln, vor allem von Unternehmen aus der im Frühling beendigten ersten Privatisierungsrunde. Der Aktienhandel nahm zwar einen recht mühsamen Start und verzeichnete mehrmals deutliche Kurseinbrüche, gewann aber gegen Jahresende vermehrt an Dynamik. Die Auslandsinvestitionen blieben ebenfalls unter den Erwartungen. Sie betrugen Ende 1993 insgesamt 2,053 Milliarden \$ (20).

Der soziale Konsens zwischen Gewerkschaften, Staat und Unternehmen blieb weitgehend erhalten. Seit dem Sommer traten allerdings vermehrt Spannungen auf, nachdem eine verschärfte Politik gegen Lohnerhöhungen eingeschlagen worden war – Wiedereinführung einer „Strafsteuer“ für „exzessive“ Lohnerhöhungen – und ein geplanter Sozialabbau für Unruhe sorgte. Die Reallöhne stiegen 1993 aber nochmals um 4 Prozent, im Unterschied zur Slowakei mit ihren minus 4 Prozent. Dies war bezeichnend für Tschechiens effektiv realisierte Transformationsstrategie. Nach außen hin dominierte zwar eine offensiv vorgetragene „neoliberale“ Rhetorik, aber die faktische Politik und die realen Entwicklungen entsprachen dieser ideologischen Programmatik nur zum Teil. Am härtesten war der Kurs im monetär-fiskalischen Bereich. In andern Bereichen herrschte hingegen eine „weichere“ Gangart vor, sowohl von der staatlichen Politik wie von den Maßnahmen der Betriebe her. Dies betraf vor allem die Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik sowie die Restrukturierung der Unternehmen. Tschechien verfolgte hier eine moderate Politik, die unter Einbezug der Sozialpartner formuliert wurde. So wurde auch eine relativ aktive Beschäftigungspolitik betrieben, mit ein Grund für die niedrigen Arbeitslosenraten.

Weiterhin funktionierte eine large „Schuldenpolitik“ der Unternehmen untereinander. Ende 1993 betrug die gesamte Schuldensumme der Unternehmen bereits 270 Milliarden Kronen (10,8 Mill. \$), 1992 waren es erst 70 Milliarden gewesen. Es kam nur zu wenigen Firmenkonkursen meist kleiner Firmen, nachdem endlich im April ein – allerdings zahmes – Bankrottgesetz in Kraft gesetzt worden war (21).

Trotz dieses relativ „sanften“ tschechischen Weges war die Stimmung

der breiten Bevölkerung nicht sehr gut. Nur 35 Prozent bezeichneten im November die Entwicklung der Wirtschaftslage im vergangenen Jahr als zufriedenstellend, nur 25 Prozent die Entwicklung des Lebensstandards; im Dezember betrachteten auch nur 24 Prozent die bisherige ökonomische Transformation als erfolgreich (als nicht erfolgreich aber auch nur 18 Prozent, als halb-halb 45 Prozent). Daß sich in den letzten 12 Monaten eine Verbesserung ihrer eigenen finanziellen Situation ergeben habe, meinten im November nur 22 Prozent – ein Jahr vorher 20 Prozent, eine Verschlechterung hingegen perzipierten 45 Prozent – ein Jahr vorher 50 Prozent. Damit war die materielle Unzufriedenheit nicht viel kleiner als in der Slowakei; dort perzipierten 1993 14 Prozent eine Verbesserung, 60 Prozent eine Verschlechterung (22).

1994 kam es wie in der Slowakei auch in Tschechien zu einer Wende der Rezessionstendenzen, allerdings etwas später und weniger ausgeprägt. Die Industrieproduktion begann ab dem zweiten Quartal – im Vergleich zum Vorjahresquartal – erstmals wieder real zu steigen, das BIP schon ab Jahresanfang, allerdings nur zaghaft; erst im vierten Quartal legte es mit fast 5 Prozent deutlich zu. Insgesamt resultierte denn auch nur ein Wachstum von 2,6 Prozent. Die Arbeitslosenrate ging nach ihrem Höhepunkt (im Januar 3,8 Prozent) zurück und betrug Ende des Jahres 3,2 Prozent. Erstmals seit 1989 stieg die Zahl der Beschäftigten wieder, und zwar um 1,1 Prozent. Sie lag damit aber immer noch 9 Prozent unter dem Stand von 1989 (23). Auch die Inflation konnte, trotz deutlicher Schwankungen, wieder reduziert werden auf eine Jahresrate von 10,0 Prozent. Berücksichtigt man zudem noch das positive Budgetergebnis und die nur leicht negative Leistungsbilanz, präsentierte sich die Gesamtbilanz insgesamt recht günstig. Sie entsprach in etwa auch den offiziellen Prognosen von Anfang 1994.

Allerdings zeigten sich vermehrte Probleme in den externen Wirtschaftsbeziehungen. Die Handelsbilanz war wegen einer verringerten Exportdynamik und einer starken Zunahme der Importe seit dem Sommer 1994 zunehmend ins Minus gekippt, nachdem sie im Vorjahr noch positiv ausgefallen war. Dies hing zum Teil mit den sich verschlechternden Wettbewerbsbedingungen zusammen, wobei eine durch die stabile Wechselkurspolitik bedingte reale Aufwertung der Währung sowie steigende Reallöhne und ungenügende Produktivitätsfortschritte eine wichtige Rolle spielten. Andererseits bewirkten zunehmende Kapitalimporte, vor allem in der Form von Krediten ausländischer Banken an tschechische Unternehmen (rund 1,2 Milliarden \$), Direktinvestitionen (rund 1 Milliarde \$), z. T. auch als Portfolioinvestitionen (rund 0,8 Milliarden \$, 1993 noch 1,1 Milliarden) einen zunehmenden Inflations- und Aufwertungsdruck, dem von der Regierung aber nicht nachgegeben wurde, um die Exportfähigkeit nicht noch mehr zu gefährden (24).

Obwohl die Regierung einen härteren Kurs in Lohn- und Sozialfragen verfolgte, stiegen die Reallöhne 1994 mit fast 8 Prozent deutlich über das angestrebte Niveau. Trotz dieser Verdoppelung des realen Zuwach-

ses gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich die Stimmung der Bevölkerung aber kaum. Wie 1993 bezeichneten nur 35 Prozent im November die Entwicklung der Wirtschaftslage im vergangenen Jahr als zufriedenstellend, nur 25 Prozent die Entwicklung des Lebensstandards. Daß sich in den letzten 12 Monaten eine Verbesserung der eigenen finanziellen Situation ergeben habe, meinten auch nur 22 Prozent; eine Verschlechterung hingegen perzipierten 40 Prozent, nur 5 Prozent weniger als vor einem Jahr. Damit war die Unzufriedenheit weiterhin nicht entscheidend kleiner als in der Slowakei (25). Auch der direkte Ausdruck von sozialer Unzufriedenheit nahm etwas zu. Streiks gab es zwar immer noch fast keine, aber es wurde wieder in größerem Ausmaße demonstriert. An einer von den Gewerkschaften organisierten Protestveranstaltung gegen die Verschlechterung des Arbeitsgesetzes (Möglichkeit von Kurzzeitverträgen, Verbot von Gewerkschaften in bestimmten staatlichen Bereichen) und der Pensionsversicherung nahmen im März immerhin rund 20.000 Personen teil. Eine Meinungsumfrage zeigte auch, daß 57 Prozent positiv gegenüber der Aktion eingestellt waren, nur 23 Prozent negativ (26).

Die strukturellen Umstellungen wurden im Rahmen der zweiten Privatisierungswelle weiter vorangetrieben. Rund 2.000 Unternehmen waren davon betroffen, davon fielen 800 unter die Coupons-Privatisierung. Ende 1994 waren insgesamt bereits über 4.000 Firmen privatisiert worden, der Anteil des Privatsektors am BIP (ohne Genossenschaftssektor) betrug schon 56 Prozent, rund 11 Prozent mehr als vor einem Jahr (27). Die Privatisierung geriet aber wegen Vorwürfen von Mißmanagement und Korruption zunehmend ins Zwielficht. So mußte der Chef des nationalen Vermögensfonds im Sommer den Hut nehmen; im November wurde der Chef der Coupon-Privatisierungsbehörde wegen eines aktuellen Korruptionsfalles verhaftet. Bereits im September hatte eine Umfrage aufgezeigt, daß trotz einer allgemein positiven Einstellung zur Privatisierung deren Umsetzung von über der Hälfte kritisiert wurde. Jeweils rund zwei Drittel meinten auch, der Privatisierungsprozeß sei nicht genügend kontrolliert, der gewöhnliche Bürger habe sowieso nichts von der Privatisierung und mit Schmiergeldern könne man billig zu einem großen Vermögen kommen (28).

1995 verstärkten sich die Wachstumstendenzen weiter. Insbesondere nahm nun auch die Industrieproduktion erstmals stärker zu, um 9 Prozent gegenüber nur 2 Prozent im Vorjahr. Das BIP steigerte sich um rund 5 Prozent, die Arbeitslosenrate nahm weiter leicht ab auf 2,9 Prozent, während die Inflation praktisch auf dem gleichen Niveau mit 9,1 Prozent verharrte. Auch das Budget blieb leicht positiv. Die Staatsverschuldung insgesamt machte auch nur etwas mehr als 20 Prozent des BIP aus. Die schon 1994 eingeleitete Tendenz eines zunehmenden Handelsdefizites verstärkte sich aber deutlich. Denn die wieder anziehenden Exporte (Wachstum von rund 10 Prozent) wurden von einem noch stärkeren Importboom (plus rund 29 Prozent) übertroffen. So vergrößerte sich das Leistungsbilanzdefizit auf gegen 1,9 Mill \$; 1994 waren es erst

50 Millionen \$ gewesen. Auch der Trend zu steigendem Kapitalimport hielt an. 1995 wurden fast 2,6 Milliarden \$ Direktinvestitionen registriert, 1,3 Milliarden allein durch den Verkauf von 27 Prozent der Aktien der SPT Telecom an den niederländisch-schweizerischen Telecom-Zusammenschluß Telsource. Weitere 4,5 Milliarden gelangten über Kredite ins Land – vor allem über längerfristige Kredite, nachdem durch neue Vorschriften der Nationalbank der Zufluß an kurzfristigem Geld eingeschränkt worden war –, sowie 1,7 Milliarden über Portfolioinvestitionen (29). Am ersten Oktober wurde die volle Konvertibilität der Währung eingeführt, allerdings mit einigen Ausnahmeregelungen, womit auch der Mitgliedschaft in der OECD nichts mehr im Wege stand. Obwohl die Arbeitsproduktivität in der Industrie 1995 mit gegen 10 Prozent erstmals deutlich zunahm, blieb aufgrund des weiteren Auseinanderlaufens von Handelsbilanz und Kapitalbilanz das Dilemma erhalten, entweder durch eine Abwertung die Exporte zu fördern oder durch eine Aufwertung die Kapitalimporte zu bremsen. Bis anhin wurde einfach an der Politik fester Wechselkurse festgehalten.

Die Privatisierung kam auch 1995 weiter voran, wenn auch etwas langsamer als im Vorjahr. Im März wurde durch die Verteilung der Aktien an die Couponhalter bzw. Investmentfonds die zweite Welle abgeschlossen. Damit war rund ein Drittel der gesamten bisher privatisierten Vermögens über Coupons transferiert worden, wobei allerdings über 70 Prozent der Coupons nicht direkt in Aktien, sondern in Anteilscheine von Investmentfonds getauscht wurden. Der Anteil des privaten Sektors am BIP betrug denn auch im ersten Halbjahr 1995 schon 62 Prozent (30).

Trotz der weiteren wirtschaftlichen Erholung verbesserte sich die Stimmung der Bevölkerung aber vorerst nicht. Hatten im September 1994 noch 33 Prozent die Transformation als erfolgreich bezeichnet, so im August 1995 nur noch 25 Prozent – als nicht erfolgreich jeweils 18 Prozent. Zufrieden mit ihrem eigenen Lebensstandard waren im Juli 55 Prozent (sehr zufrieden allerdings nur 2 Prozent), unzufrieden 43 Prozent (sehr unzufrieden 5 Prozent); im November 1994 waren noch 60 Prozent zufrieden gewesen und 38 Prozent unzufrieden (31). Auch die generelle Akzeptanz der Marktwirtschaft nahm 1995 weiterhin leicht ab (vgl. Tabelle 2).

Für Unzufriedenheit und Unruhe sorgten vor allem die sozialen Reformpläne der Regierung. An einer vom Gewerkschaftsbund CMKOS Ende März organisierten Protestversammlung nahmen nach Angaben der oppositionellen Rude Pravo gegen 90.000 Personen teil, so viele wie noch nie seit den Massendemonstrationen der „samtenen“ Revolution. Auf Transparenten waren Slogans zu lesen wie „Der Arbeiter – Opfer der Reformen“ oder „Wir wollen auch im Alter ein anständiges Leben“, die sich gegen die von der Regierung geplanten Verschlechterungen der Sozialgesetzgebung richteten (32). Weitere aktuelle Konflikthanlässe stellten Kürzungen von Kinderzulagen und höhere Belastungen im Gesundheitsbereich dar. Im Herbst kam es zu Demonstrationen von Ärzten

und Krankenschwestern vor dem Gesundheitsministerium, Ende März 1996 sogar zu einem Warnstreik (33). Obwohl der soziale Konsens nicht grundlegend gefährdet scheint, ist eine weitere Verschlechterung des Klimas anzunehmen, umso mehr, als sich die Auseinandersetzungen im Hinblick auf die Wahlen vom Juni 1996 intensivierten.

Insgesamt ergibt sich eine ziemlich positive Bilanz der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung, die besser ausfällt als bei der Slowakei, wenn man von einigen Ausnahmen absieht, wie z. B. der aktuell schlechteren Handelsbilanz und der etwas langsameren Wachstumserholung. Aber auch in Tschechien sind strukturelle Schwächen nicht zu übersehen. Während die Slowakei eine Tendenz zu einem Klientelkapitalismus aufweist, ist Tschechien stärker durch einen Trend zu korporatistischen Strukturen gekennzeichnet. Absprachen zwischen den Sozialpartnern zeigen dabei durchaus positive Auswirkungen, indem etwa die sozialen Kosten der Umstellungen abgeschwächt werden. Problematischer sind die korporatistischen Tendenzen innerhalb der Wirtschaft selbst, die notwendige Restrukturierungen behindern. Viele Unternehmen sind zu wenig modernisiert und auf zu einfache Produkte festgelegt, viele sind immer noch überschuldet. Auch 1995 ist die Summe der überfälligen Zahlungsverpflichtungen der Unternehmen außerhalb des Finanzsektors wieder um 3 Prozent gestiegen, wobei die Gesamtsumme beachtlich ist, entspricht sie doch rund 15 Prozent der gesamten Bankausleihungen (34). Auch die durch „faule“ Altkredite bedrängten Banken schonen häufig ihre Schuldner, vor allem wenn sie über den Besitz von Aktien an den Firmen beteiligt sind. Schädlos halten sie sich dann mit relativ hohen Zinssätzen für Neukredite. Da die meisten Couponsinhaber ihre Scheine nicht selber in Aktien umgewandelt haben, sondern in Investmentfonds angelegt haben, die ihrerseits zu einem beträchtlichen Teil von den großen Banken kontrolliert werden, existiert eine hohe Konzentration wirtschaftlicher Macht. In einem 1995 veröffentlichten Bericht der EU-Kommission wurde nicht zufällig vor allem der Banken- und Finanzsektor kritisiert, der zu wenig Konkurrenzverhalten zeige und Restrukturierungen behindere (35). Die geringe Flexibilität des Kapitalmarktes wird auch mit dafür verantwortlich gemacht, daß die Börsenkurse seit März 1994 – wenn auch mit einigen Schwankungen – deutlich gefallen sind. Zwar sind Wachstumsprognosen für die nächsten Jahre mit rund 5–6 Prozent günstig, aber die ungelösten strukturellen Probleme werden sich auch in Zukunft bemerkbar machen.

3. Die politischen Entwicklungen

3.1 Die Ausgangsbedingungen

Wie bereits in der Einleitung angedeutet worden ist, unterscheiden sich die Slowakei und Tschechien in der politischen Entwicklung noch

deutlicher als in der wirtschaftlichen. Um diese Verschiedenheiten verstehen zu können, ist es auch hier unumgänglich, kurz auf die Ausgangsbedingungen vor der Trennung einzugehen (36).

Nach dem schnellen Übergang zu demokratischen Strukturen, der vor allem in Tschechien vorangetrieben worden war, entstanden in beiden Teilrepubliken zuerst weitgehend ähnliche Parteien. Neben den Hauptakteuren, den stark in die Defensive gedrängten Kommunisten und den aus dem Kampf gegen das alte Regime entstandenen dominanten „Forumsparteien“ – dem Bürgerforum in Tschechien und der Schwesterorganisation „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ in der Slowakei – wurde eine ganze Reihe von „Parteien“ aktiv. Diese knüpften z. T. an der Vorkriegstradition an wie die Sozialdemokraten oder Christdemokraten oder stellten neue Formationen dar wie die Grünen.

Nach den Wahlen vom Juni 1990 waren in beiden Republiken denn auch ähnliche Parteien im Parlament vertreten. Allerdings hatte die slowakische Forumspartei deutlich schwächer als das Bürgerforum in Tschechien abgeschnitten; in der Slowakei waren die Nationalisten und die Christdemokraten dafür stärker vertreten. Dies war kein Zufall, sondern widerspiegelte Unterschiede in der tradierten Kultur – die Slowakei war deutlich traditionalistischer und katholischer – sowie in den politischen Prioritäten, wobei die kleinere und sich stärker benachteiligt fühlende Slowakei insbesondere der Föderalismusfrage mehr Bedeutung zumaß. Sowohl in der gesamtnationalen, d. h. der föderalen Regierung, wie in den beiden Republiksregierungen wurden aber Koalitionen aus den dominierenden Forumsparteien und den christlichdemokratischen Parteien gebildet. Wie überall in Osteuropa, zerfielen dann die Forumsparteien als heterogene Sammlungsbewegungen in verschiedene Flügel und Parteien, da sich persönliche Rivalitäten sowie unterschiedliche Interessen und Orientierungen auszuwirken begannen.

In Tschechien fand bereits im Februar 1991 die sich seit einiger Zeit abzeichnende Spaltung des Bürgerforums statt. Auf einem außerordentlichen Kongreß bildeten sich zwei unabhängige Gruppierungen, die nur formell weiterhin Kollektivmitglieder des Bürgerforums blieben: die demokratische Bürgerpartei (ODS) unter Vaclav Klaus, die sich auf eine konservativ-neoliberale Programmatik festlegte, und die Bürgerbewegung (OH) unter dem Außenminister Jiri Dienstbier, die sich weitgehend als sozial-liberal orientierte Partei der Mitte definierte. Sowohl von der organisatorischen Basis wie der Popularität in der Bevölkerung her erwies sich die ODS bald als deutlich stärkere Gruppierung. Obwohl es große Spannungen zwischen den Nachfolgeparteien des Forums gab – als dritte Partei spaltete sich noch die ODA ab –, blieben alle in der Regierung vertreten.

Auch in der slowakischen „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ hatte sich eine oppositionelle, national orientierte Fraktion unter dem charismatischen Ministerpräsidenten Meciar herausgebildet, die sich Ende April endgültig als „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (HZDS) von der VPN abspaltete. Die Spaltung löste in der Slowakei sogar eine

Regierungskrise aus. Meciar, der nach den Wahlen vom Juni Premierminister der Teilrepublik geworden war, wurde gestürzt. In der neuen Regierung stellten dann die Christlichdemokraten den Premierminister. Die HZDS von Meciar wurde aber mit Abstand die beliebteste Gruppierung. Der unzimperliche, machtbewußte Meciar spielte nun noch ungehemmter die populistisch-nationale Karte aus. Im Kleinkrieg mit Prag um einen neuen Staatsaufbau und eine „sozialere“ Wirtschaftspolitik konnte er bei den zunehmend unzufriedenen Slowaken deutlich zulegen. In den nächsten Wahlen vom Juni 1992 erzielte seine nationale Sammlungsbewegung HZDS einen deutlichen Wahlsieg mit einem Stimmenanteil von 34 Prozent. In einer losen Koalition mit der Slowakischen Nationalpartei (9 Prozent der Stimmen) wurde Meciar erneut zum Premierminister erkoren.

In Tschechien hingegen gewann die ODS in einer Koalition mit der kleinen christlich-konservativen KDS mit ebenfalls 34 Prozent der Stimmen die Wahlen (bei den Wahlen für das Parlament der tschechischen Teilrepublik betrug der Stimmenanteil nur 30 Prozent). Vaclav Klaus wurde Premierminister als Führer einer rechtsliberalen Koalition, die neben seiner ODS, die KDS, die ODA (5 Prozent der Stimmen) und die Christdemokraten KDU-CSL (6 Prozent der Stimmen) umfaßte.

Zusammen mit seinem tschechischen Gegenspieler Klaus setzte Meciar in Rekordzeit die Teilung der alten Tschechoslowakei Ende 1992 durch. Obwohl eine knappe Mehrheit der Slowaken sich skeptisch gegenüber der Unabhängigkeit äußerte, war die Regierung Meciar's anfänglich sehr beliebt. Sein autoritärer Führungsstil und die wirtschaftlichen Probleme führten aber schnell zu einer Polarisierung. Nicht nur die Politikerkaste, auch die Bevölkerung teilte sich immer mehr in Meciar-Anhänger und Meciar-Gegner. Sprachen im August 1992 beispielsweise noch 75 Prozent der Befragten der Regierung ihr Vertrauen aus – die alte slowakische Regierung des Christdemokraten Carnogursky hatte im Mai 1992 nur 28 Prozent erreicht –, so im Dezember nur noch 58 Prozent. Eine klare Opposition fehlte aber, da es keine bedeutsamen rechten Parteien gab – die Christdemokraten hatten in den Wahlen nur noch 9 Prozent erreicht – und sich die sozialdemokratisch ausgerichteten „Postkommunisten“ (Wahlanteil 14 Prozent) zurückhielten. So hatte die Slowakei ihre Unabhängigkeitserklärung schon im Juli und die neue Verfassung bereits im September verabschiedet. Meciar hatte auch damit begonnen, ihm ergebene Anhänger in wichtige Positionen zu hieven, wobei es bereits einige handfeste Skandale gab, vor allem im Medienbereich.

In Tschechien hingegen konnte sich die Regierungskoalition konsolidieren, die von einer relativ starken, aber zerstrittenen „linken“ Opposition bekämpft wurde (Wahlanteil des ziemlich orthodoxen, kommunistisch dominierten Linken Blocks 14 Prozent, Sozialdemokraten 8 Prozent, Sozialliberale 6 Prozent). Im August vertrauten beispielsweise 56 Prozent der Regierung, also weniger als in der Slowakei; im Dezember waren es aber immer noch 52 Prozent.

3.2 Die politische Entwicklung in der Slowakei

Nicht nur wirtschaftlich, auch politisch gab es nach der Trennung beträchtliche Probleme, da die politische Situation sich schneller als erwartet destabilisierte. Im slowakischen Parlament verfügte die Partei Meciar zwar fast allein über die Mehrheit. Die HZDS, weitgehend eine klassische nationale Sammelbewegung, ähnlich wie früher die VPN, wurde aber nach Erreichen des Hauptziels, der nationalen Unabhängigkeit, internen Spannungen ausgesetzt, da persönliche Rivalitäten und politische Meinungsverschiedenheiten nun zum Tragen kamen. Dies zeigte sich bereits bei der Präsidentenwahl, bei der der Wunschkandidat Meciar durchfiel und ein „Kompromißkandidat“, Michal Kovac, gewählt wurde (37). Auch die Beziehungen zu seinem informellen Koalitionspartner, der slowakischen Nationalpartei, wurden immer stärker belastet. Bis zum Frühling entwickelte sich bereits eine eigentliche politische Krise, nachdem u. a. der parteieigene Außenminister nach Kritik an Meciar Führungsstil entlassen worden war. Er verließ mit acht weiteren Abgeordneten die Partei, zudem trat der Wirtschaftsminister von der Nationalpartei von seinem Amt zurück. Somit mußte Meciar mit einer parlamentarischen Minderheit regieren. Formelle Koalitionsverhandlungen mit der Nationalpartei, die seit Mitte Juni aufgenommen wurden, führten lange zu keiner Einigung. Die politischen Spannungen verschärften sich weiter, da es auch in Meciar Partei zu weiteren Konflikten kam, u. a. zwischen dem relativ unabhängig agierenden Präsidenten und dem Premierminister. Skandale wie die Korruptionsaffäre „Indiagate“, in die hohe Regierungsfunktionäre verwickelt waren, sowie umstrittene Äußerungen Meciar gegenüber den Minderheiten der Ungarn und der Roma verschärften das Klima.

Die wirtschaftlichen und politischen Probleme führten dazu, daß Meciar und seine Regierung bei der Bevölkerung weiter an Terrain verloren. Hatten im Dezember 1992, wie erwähnt, noch 58 Prozent der Regierung ihr Vertrauen bekundet, so waren es im März 1993 noch 46 Prozent und im September sogar nur 37 Prozent. Mit Meciar Arbeitsstil zeigten sich im März auch schon 41 Prozent unzufrieden. Fast vier Fünftel gaben an, sie hielten die gegenwärtige Regierung für zu wenig kompetent, und fast ebenso viele meinten, die Teilung sei schlecht vorbereitet und übereilt gewesen. Knapp ein Jahr nach der Spaltung gaben dann sogar 60 Prozent an, sie bedauerten die Spaltung der alten Tschechoslowakei. Im September 1993 wurde Meciar allerdings immer noch von 22 Prozent der Befragten als der Politiker bezeichnet, dem sie am meisten vertrauten (gefolgt von Präsident Kovac mit 17 Prozent und Peter Weiss, dem Chef der „postkommunistischen „Demokratischen Linken, mit 15 Prozent). Die am meisten präferierte Partei war noch knapp seine HZDS mit 15 Prozent (im Dezember 1992 noch 31 Prozent, im März 1993 18 Prozent), gefolgt von der Demokratischen Linken SDL mit 12 Prozent (im März 14 Prozent),

der Nationalpartei und der Christlich-demokratischen Bewegung des ehemaligen Ministerpräsidenten Carnogursky mit je 7 Prozent. Daß 45 Prozent sich für keine Partei entschieden, deutete auf eine breite Desillusionierung hin (38). Zwar konnte Mitte Oktober endlich eine formelle Koalitionsvereinbarung mit der Nationalpartei getroffen und Anfang November eine Koalitionsregierung gebildet werden. Meciar und seine Gefolgsleute gerieten aber in der Folge weiter unter Druck. In der HZDS nahmen die internen Konflikte zu, vor allem zwischen dem recht populären Präsidenten Kovac und dem immer mehr in die Defensive gedrängten Meciar. Im November hatte Kovac mit 22 Prozent Nennungen als vertrauenswürdigster Politiker Meciar mit 19 Prozent überholt; 42 Prozent vertrauten allerdings überhaupt keinem Politiker. Meciar's HZDS erreichte Ende des Jahres ihr absolutes Popularitätstief: nur noch 14 Prozent wollten sie wählen. Den Koalitionspartner SNS präferierten auch nur noch 5 Prozent, im Juli noch 11 Prozent (39). Auch innerhalb der SNS zeigten sich deutliche Spannungen, wobei 6 der 14 Abgeordneten die Regierung praktisch nicht mehr unterstützten.

So ergab sich Anfang 1994 eine eigentliche Pattsituation zwischen Regierung und Opposition, die sich zu einer schwerwiegenden Krise entwickelte, nachdem weitere 12 Abgeordnete der HZDS sowie zwei Minister Meciar die Gefolgschaft verweigerten. Vorzeitige Neuwahlen waren nun nicht mehr zu umgehen, aber Oppositionslager und Regierungslager kämpften erbittert um den Termin, um sich eine möglichst günstige Ausgangsposition zu sichern. Am 11. März wurde Meciar's Regierung durch ein Mißtrauensvotum des Parlamentes gestürzt. Der Regierung Meciar vertrauten im März nur noch 34 Prozent der Bevölkerung. Ihren Sturz begrüßten 44 Prozent, 39 Prozent lehnten ihn ab, was die Polarisierung nicht nur der Politiker, sondern auch der breiten Bevölkerung illustriert. Bis zu den vorzeitigen Neuwahlen im September regierte dann eine bunte Koalition von Meciar-Gegnern aus fünf Parteien, die von den Mitte-rechts stehenden Christdemokraten über neu entstandene Zentrums-Gruppierungen, zu denen auch der vorherige Außenminister und neue Premier Jozef Moravcik gehörte, bis hin zu der postkommunistischen „Demokratischen Linken“ reichte (40). Die neue Regierung, die auch auf die stillschweigende Unterstützung der ungarischen Minderheitsparteien zählen konnte, bekam einen gewissen Vertrauensvorschuß. Im April gaben immerhin 54 Prozent an, sie würden der Regierung vertrauen, fast soviel wie Meciar's Mannschaft bei Beginn der Unabhängigkeit erzielt hatte. Obwohl die Regierung insgesamt nur wenig an Vertrauen verlor – im Juli und im Dezember erreichte sie jeweils 52 Prozent –, manövrierte sie sich doch in eine heikle Situation, vor allem durch ihre „modernistische“ stabilitätsorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik unter der „postkommunistischen“ Vizepremierministerin Schmoegnerova. Sie konnte damit die Erwartungen in bezug auf eine Verbesserung der materiellen Bedingungen nicht erfüllen, wie Umfragen aufzeigten (41).

So schaffte es Meciar, Experte in politischen Comebacks, mit einem aufwendigen, aggressiv-populistischen Wahlkampf erneut. In einer Koalition mit der kleinen Bauernpartei RSS errang er bei den Wahlen Ende September 35 Prozent der Stimmen. Damit lag er klar vor dem postkommunistisch dominierten Wahlbündnis der „Gemeinsamen Wahl“ mit ihren enttäuschenden 10,4 Prozent. Profitiert hatte Meciar vor allem von der geringen Informiertheit und der Unentschlossenheit vieler Wähler und Wählerinnen. Fast ein Drittel der Befragten gaben beispielsweise an, überhaupt kein Programm der Parteien zu kennen, rund ein Sechstel nur das einer einzigen Partei. Nur gut die Hälfte wußte schon vor dem Beginn der Wahlkampagne, welcher Partei sie die Stimme geben wollten. Bei der Beurteilung der Wahlpropaganda schnitt die Partei Meciar mit großem Abstand am besten ab. Anfang Dezember war Meciar auch der Politiker, dem 27 Prozent am meisten vertrauten (im Mai erst 22 Prozent), gefolgt von Präsident Kovac mit 17 Prozent (im Mai noch 23 Prozent) und Premierminister Moravcik mit 17 Prozent (im Mai noch 22 Prozent). Auch bei der Kompetenzeinschätzung schnitt Meciar am besten ab, vor Schmoegnerova, nur bei den moralischen Qualitäten rangiert er hinter Kovac an zweiter Stelle (42).

Meciar konnte mit seinem früheren Koalitionspartner SNS, der Slowakischen Nationalpartei, allein keine Regierung bilden. Diese hatte nämlich nur 5,4 Prozent der Stimmen geholt, so daß beide Parteien auf 70 Sitze kamen, sechs Sitze unter der absoluten Mehrheit. Da eine Zusammenarbeit mit einer der bisherigen Regierungsparteien oder den ungarischen Minderheitsparteien wegen inhaltlichen und persönlichen Konflikten nicht in Frage kam, suchte Meciar die Unterstützung der ZRS, einer linkspopulistischen Abspaltung der „Postkommunisten“. Diese hatte mit einem Stimmenanteil von 7,3 Prozent überraschend gut abgeschnitten, vor allem unter den enttäuschten Arbeitern. Und obwohl ihr Vorsitzender, Jan Luptak, zuerst in der Opposition bleiben wollte, näherte er sich Meciar immer mehr an. Bereits in den ersten Parlamentssitzungen stimmte er mit der Meciarpartei, die eine politische Attacke startete. Mißliebige Führungskräfte in wichtigen Positionen wie den staatlichen Medien und den Privatisierungsorganen wurden entlassen, bereits beschlossene Gesetze wieder geändert (43).

Mitte Dezember gelang es schließlich, eine formelle Koalition zu bilden und eine neue Regierungsmannschaft zusammenzustellen. Meciar's HZDS erhielt zwölf Sitze, die ZRS vier und die SNS zwei. Allerdings hatte die heterogene Rechts-Mitte-Links-Koalition begreiflicherweise Mühe, sich auf ein gemeinsames Programm zu einigen. In wichtigen Fragen vertraten die Regierungsparteien verschiedene Ansichten. So war die SNS radikal nationalistisch und deutlich gegen die Berücksichtigung von Minderheitsinteressen eingestellt. Die ZSR wandte sich vor allem gegen die Privatisierung und die europäische Integration. Meciar's Partei wollte hingegen einen „moderaten“ mittleren Kurs steuern und es sich vor allem mit der EU und dem Westen nicht verderben. Meciar's

Linie setzte sich dann weitgehend durch. Bei der Präsentation des Regierungsprogramms Mitte Januar bezeichnete er sogar die Integration mit Europa als ein Hauptziel seiner Politik. Obwohl seine Koalitionspartner immer wieder konträre Meinungen zum offiziellen Europakurs und zum angestrebten Nato-Beitritt von sich gaben, dominierte Meciar Position die bisherige Politik. Deutliches Zeichen hierfür war auch die im März erfolgte Einigung mit Ungarn über die Minderheitenrechte. Allerdings verzögerte sich dann die Ratifikation des Vertrages wegen Unstimmigkeiten in der Koalition (44). Im Juni stellte die Slowakei auch ein offizielles Beitritts-gesuch zur EU. In der Wirtschaftspolitik waren besonders widersprüchliche Positionen vorhanden. Hier standen sich vor allem der das Staatseigentum favorisierende Privatisierungsminister von der ZSR und der eher liberal orientierte Finanzminister von der HZDS gegenüber. Das Regierungsprogramm war denn auch widersprüchlich und wenig konkret. Meciar Linie einer lavierenden Politik konnte sich aber auch hier durchsetzen.

Die innenpolitische Situation war weiterhin durch eine starke Polarisierung gekennzeichnet. Meciar versuchte mit allen Mitteln, seine Position auszubauen und diejenige seiner Gegenspieler auszuhöhlen. Besonders mit Präsident Kovac stand er im Dauerstreit. Um die Kontrolle des Geheimdienstes gab es z. B. schon im Frühling eine heftige Auseinandersetzung. Meciar ließ schließlich vom Parlament ein ihm wichtige Kompetenzen zuerkennendes Sicherheitsdienst-Gesetz verabschieden. Er beschuldigte dabei Kovac, vorher den Geheimdienst zur Überwachung seiner Person mißbraucht zu haben. Kovac bezichtigte seinerseits Meciar, illegale Parallelstrukturen beim Geheimdienst aufgebaut zu haben. Eine weitere internationales Aufsehen erregende Affäre spielte sich im August ab. Ein wegen Betrugsverdacht von Deutschland polizeilich ausgeschriebener Sohn des Präsidenten wurde, höchstwahrscheinlich von slowakischen Geheimdienstkreisen, entführt und nach Österreich gebracht, wo man ihn in der Folge inhaftierte (45). Meciar's Absicht, alle wichtigen Positionen mit seinen Gefolgsleuten zu besetzen und die Opposition zu marginalisieren, traten immer offensichtlicher zutage. So wurden z. B. die Kompetenzen des Präsidenten weiter beschnitten. Auch die Beziehungen mit der ungarischen Minderheit verschlechterten sich, wobei eigenwillige Interpretationen des Ungarnabkommens eine wichtige Rolle spielten. Mitte November wurde ein restriktives Sprachengesetz verabschiedet, das für alle offiziellen Funktionen Slowakisch zur einzig akzeptierten Sprache erklärte, wobei hier die Opposition nur schwachen Widerstand leistete (46). Im März 1996 wurde auch eine neue Verwaltungsreform durchgesetzt, welche die ungarische Minorität benachteiligte, vor allem durch eine neue Kreiseinteilung, welche die Ungarn überall in die Minderheit versetzte.

Vor dem Hintergrund der internen Entwicklungen ist es nicht überraschend, daß Meciar und seine Gefolgschaft weiterhin polarisierend wirkten. Im März 1995 wie auch im Jänner 1996 vertrauten seiner Re-

gierung nur 39 Prozent der Bevölkerung, die wie eh und je in Gegner und Anhänger Meciar's gespalten war. Auch sonst war die slowakische Bevölkerung in wichtigen Fragen zerstritten. Im November 1995 gaben z. B. in einer Umfrage 39 Prozent an, daß der Aufbau einer Marktwirtschaft richtig sei, genau gleich viele, daß dies falsch sei. Gut zwei Drittel zeigten sich enttäuscht über die Entwicklung der Demokratie. 57 Prozent meinten, die Dinge in ihrem Lande gingen allgemein in eine falsche Richtung. Vor drei Jahren waren es noch weniger als die Hälfte gewesen. Zwar hat die Unzufriedenheit über die allgemeine und die politische Entwicklung gegenüber dem Vorjahr wieder etwas abgenommen; die Respektierung der Menschenrechte wurde jedoch viel negativer beurteilt (vgl. Tabelle 2). Meciar's Partei blieb aber trotz aller Unsicherheit und Frustration die mit Abstand populärste Partei. Im Dezember 1995 wurde die HZDS immer noch von 26 Prozent präferiert, vor den Christdemokraten der KDH mit 13 Prozent, der Zentrumspartei DU mit 12 Prozent, der „postkommunistischen“ Linken SDL mit 11 Prozent (47).

3.3 Die politische Entwicklung in Tschechien

Im Vergleich zur politischen Entwicklung in der Slowakei verlief die tschechische relativ stabil. Dabei standen die Regierung und die sie tragende rechtsbürgerliche Koalition anfänglich mehr unter Druck, da sie zuerst einmal den eigenen, ursprünglich gar nicht gewünschten Staat ausgestalten mußten. Darüber gingen die Meinungen in der polarisierten tschechischen Politszene weit auseinander. Ein wichtiges Problem stellte z. B. die Autonomie der mährischen bzw. schlesischen Gebiete dar. Die Aufteilung nach einem föderalen Länderprinzip wurde schon im Herbst 1992 nicht nur von einer Mehrheit der Bewohner Mährens und Schlesiens gefordert, sondern fand auch in den übrigen Gebieten mehr Anhänger als die bisherige, stark zentralisierte Struktur. Die Regierungskoalition, insbesondere die ODS, wehrte sich aber gegen eine föderalistische Lösung. Argumentiert wurde mit Effizienzkriterien und der Notwendigkeit, eine schlagkräftige Regierung zu behalten. Faktisch ging es aber auch um den Erhalt der eigenen Machtpositionen. In der Mitte Dezember 1992 vom Parlament gutgeheißenen Verfassung war denn auch die Regionalisierungsfrage nicht geklärt worden. Die neue Staatlichkeit wurde mit einer kleinen Verfassungskrise eröffnet, da die zweite Parlamentskammer nicht, wie ursprünglich vorgesehen, durch die Übernahme der „alten“, nun sozusagen arbeitslosen föderalen Parlamentarier besetzt werden konnte. Ein weiterer umstrittener Punkt, wie weit der neue Staatspräsident Kompetenzen erhalten sollte, war weitgehend zu Lasten des neuen Amtes entschieden worden, und damit auch zu Lasten von Václav Havel, der im Februar 1993 nur relativ knapp vom Parlament gewählt wurde (48).

Trotz der diversen Konfliktpunkte verlief die politische Entwicklung 1993 aber insgesamt recht stabil. Die Opposition blieb schwach und zerstritten. Bei den Kommunisten kam es im Juli sogar zu einer Abspaltung reformorientierter Kräfte, die sich zur Partei der Demokratischen Linken zusammenschlossen. Die Opposition verlor auch – mit Ausnahme der Sozialdemokraten – etwas in der Wählergunst, während die Koalitionsparteien mit nur geringen Schwankungen ihre dominante Stellung verteidigten. Die Regierung konnte ein relativ hohes Akzeptanzniveau halten. Immer über die Hälfte der Befragten – zwischen 52 Prozent bis 64 Prozent – sprachen ihr das Vertrauen aus. Auch Václav Klaus blieb relativ populär: Im Februar und im September lag er mit 61 Prozent jeweils an vierter Stelle, nur wenig hinter Präsident Havel mit 67 Prozent bzw. 68 Prozent. Seine Partei war im März auch mit 27 Prozent (im November sogar mit 32 Prozent) in der Wählergunst die mit Abstand beliebteste Partei vor den oppositionellen Sozialdemokraten mit 11 Prozent (im November 13 Prozent), dem Koalitionsspartner ODA mit 11 Prozent (im November 10 Prozent) und dem kommunistisch dominierten Linken Block mit 8 Prozent (im November 8 Prozent). Allerdings verlor das Parlament deutlich an Vertrauen, nicht zuletzt wegen diverser unschöner Szenen und Affären, man denke etwa an die Tumulte bei der Präsidentenwahl und die hartnäckige Verteidigung materieller Privilegien (z. B. keine Durchsuchung des Gepäcks beim Zoll, keine Offenlegung von politischen und wirtschaftlichen Interessenkollisionen). Im März 1993 sprachen dem Parlament nur 34 Prozent das Vertrauen aus, im Dezember sogar nur noch 20 Prozent; ein Jahr vorher waren es immerhin noch 47 Prozent gewesen. Insgesamt war die Stimmung Ende 1993 bezüglich der allgemeinen und der politischen Entwicklung zwar besser als vor einem Jahr (vgl. auch Tabelle 2 im Anhang). Aber seit einer deutlichen Verbesserung im Winter hatte sie sich wieder etwas verschlechtert. Waren z. B. im März 38 Prozent mit der politischen Lage zufrieden gewesen, so im Dezember noch 33 Prozent; im Dezember 1992 waren es 22 Prozent gewesen (49).

Diese relative Unzufriedenheit hing auch damit zusammen, daß wichtige politische Probleme durch Politikasterei und Parteienstreit, gerade auch unter den Koalitionspartnern, nicht gelöst werden konnten. So blieb die wichtige Frage der Regionalisierung offen, auch die umstrittene Frage der Rückgabe kirchlichen Vermögens. Zwar einigte man sich nach langen Querelen schließlich im Grundsatz auf die Bestellung des Senats – er sollte zusammen mit den Gemeindewahlen im Herbst 1994 neu gewählt werden –, ohne jedoch eine präzise Wahlordnung zu vereinbaren. Auch mit der Slowakei blieben verschiedene Fragen offen, wie die endgültige Aufteilung des Staatsbesitzes. Einen bedeutsamen sozialen und politischen Konflikthanlaß bildete die Behandlung der Roma, die zum Teil aus der Slowakei emigriert und diversen Schikanen ausgesetzt waren (50).

Auch 1994 gelang es nicht, die unerledigten politischen Probleme einer Lösung näherzubringen. Die Vereinbarung über die Senatswahlen

scheiterte, weil sich die kleineren Koalitionsparteien gegen den von der ODS forcierten Wahlmodus zur Wehr setzten, der ihr einen klaren Sieg garantiert hätte. Zwar wurde von der Regierung im Sommer ein Gesetzesentwurf über die Regionalisierung genehmigt; dieser wurde aber sowohl von der Opposition wie von den kleineren Koalitionsparteien abgelehnt, da er durch die Schaffung von 17 Regionen eine zu starke Zersplitterung bedeutet hätte. Bei der Frage der Rückgabe kirchlichen Vermögens konnte nicht einmal ansatzweise eine Lösung vereinbart werden, da die ODS nur eine eingeschränkte Wiedergutmachung zulassen wollte, was bei den christlich-demokratischen Koalitionspartnern auf Widerstand stieß. Auch bei den schon erwähnten Reformplänen bezüglich der Sozialleistungen existierten Differenzen. Gegen die Roma wurde zunehmend ein harter Kurs eingeschlagen; vielen wurde die Staatsbürgerschaft verweigert, da sie die recht anspruchsvollen Bedingungen nicht erfüllen konnten und die Beantragungsfrist zur Jahresmitte ausgelaufen war. Trotz internationalen Protesten wurde an der Regelung festgehalten, nicht zuletzt auch aus Rücksicht auf die negative Einstellung der Bevölkerungsmehrheit. Rassistische oder fremdenfeindliche Übergriffe häuften sich. 1994 wurden insgesamt 160 solcher Straftaten registriert (51).

1994 kam es auch zu vermehrten Spannungen zwischen Regierung bzw. dem Premierminister und dem Präsidenten, der die Schaffung „zivilgesellschaftlicher“ Strukturen bzw. intermediärer Strukturen zwischen Staat und Bürger forderte, z. B. mit der Schaffung eines Gesetzes zur Förderung gemeinnütziger Organisationen. Havel setzte sich auch, mit deutlicher Spitze gegen die herrschende Parteienwirtschaft, für mehr Moral und Engagement in der Politik ein. Damit gab er weitgehend die Volksmeinung wieder. Eine breitangelegte Umfrage vom Herbst hatte z. B. aufgezeigt, daß trotz der überwiegenden Akzeptanz des neuen Regimes seit der Wende – dies traf bei 59 Prozent der Befragten zu, in der Slowakei nur bei 37 Prozent – sowie der grundlegenden ökonomischen Veränderung – bei 68 Prozent der Befragten, in der Slowakei nur bei 41 Prozent – eine tiefliegende Unzufriedenheit mit politischen Erscheinungen, eine eigentliche politische Entfremdung, vorhanden war, die sich auch nicht wesentlich von derjenigen in der Slowakei unterschied. Nur 24 Prozent (in der Slowakei 16 Prozent) meinten z. B., die Politiker verhielten sich selbstlos und moralisch; 85 Prozent (in der Slowakei 91 Prozent) hingegen stimmten der Ansicht zu, die Personen an der Macht seien nicht an den Meinungen von Leuten wie sie interessiert. 58 Prozent meinten auch, daß die Wahlen keine Möglichkeit darstellten, die Entwicklung des Landes zu beeinflussen (52). Trotz der weitverbreiteten Skepsis gegenüber den Politikern blieb das Vertrauen in die Regierung praktisch unverändert hoch: Die Werte schwankten zwischen 60 Prozent (im Februar) und 53 Prozent (im April). Auch die Koalitionsparteien konnten ihre beherrschende Stellung in der Wählergunst mit geringen Schwankungen halten, wobei die ODS leicht einbüßte (im Dezember noch 27 Prozent), während die ODA

(12 Prozent) und die KDU-CSL (8 Prozent) etwas zulegten. Dies legt die Vermutung nahe, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Situation als kaum veränderbar perzipierte bzw. sich die Opposition nicht als Alternative profilieren konnte. Vor allem die kleineren Parteien verloren durch diverse interne Konflikte, Aufspaltungen und Regruppierungen weiter an Akzeptanz (53). Nur die Sozialdemokraten konnten nach einem anfänglichen Rückgang wieder zulegen (Februar 9 Prozent, Dezember 12 Prozent), z. T. auch etwas die Kommunisten (Dezember 6 Prozent).

1995 schien sich dann allerdings erstmals eine Trendwende anzubahnen. Die Koalition kam immer mehr unter Druck. Nicht nur bei den Sachfragen, insbesondere bei der Bestellung des Senats, der Dezentralisierung und der Reform der Sozialgesetzgebung, gab es zunehmend heftige Auseinandersetzungen. Dabei war die Position der Regierungsmehrheit oft unpopulär, wie bei den geplanten Sozialreformen, wie die oben erwähnte Großdemonstration zeigte. Zusätzlich machten den Regierungsparteien Affären zu schaffen. Einen heftigen Skandal gab es Anfang 1995, als der Vorsitzende der Koalitionspartei ODA, Jan Kalvoda, den tschechischen Geheimdienst beschuldigte, illegal Parteien zu bespitzeln. Eine parlamentarische Kommission verneinte schließlich die Berechtigung der Vorwürfe; allerdings tauchten später neue Indizien auf, daß doch Aktivitäten bestimmter Gruppierungen wie die der Kommunisten beobachtet worden seien. Böse Zungen behaupteten, daß Kalvoda die Sache nur aufgerollt habe, um vom eigenen Finanzskandal abzulenken, in den mehrere Parteifunktionäre verwickelt waren. Aber auch die ODS hatte ihre Affären, etwa das Gala-Diner, das Klaus Ende 1994 organisieren ließ, um für seine Partei Geld zu sammeln. Die Ehre, mit dem Herrn Ministerpräsidenten zu dinieren, kostete immerhin 250.000 Kronen, wobei auch etliche Manager von Staatsbetrieben sich dieses Vergnügen, natürlich auf Spesenbasis, nicht entgehen ließen. Durch all die Konflikte und Skandale spitzte sich die Situation zu. Im März wurde vermehrt auch in den Medien davon gesprochen, daß die Koalition auseinanderfallen könnte. In diesem Falle hätte eine Minderheitsregierung die Aufgabe übernehmen müssen, bis zu den nächsten Wahlen von 1996 auszuharren. Selbst Präsident Havel, nicht unbedingt ein Freund von Václav Klaus, forderte die Streithähne auf, aus Gründen der Staatsräson die Konflikte zu bändigen und die Koalition bis zu den ordentlichen Wahlen fortzuführen (54).

Die Krisen und Affären führten auch zu einem Vertrauensverlust der Regierung und der Koalitionsparteien. Bekundeten im Januar 58 Prozent ihr Vertrauen in die Regierung, so im August noch 50 Prozent. Bei den Wahlpräferenzen verlor vor allem die ODA (im Januar noch 10 Prozent, im August nur noch 5 Prozent), aber auch die ODS fiel etwas zurück (im Februar 30 Prozent, im August noch 25 Prozent). Von den zahlreichen Oppositionsparteien konnte aber nur die sozialdemokratische CSSD deutlich zulegen (im Januar 14 Prozent, im August 23 Prozent). Damit konnte sie bis im Sommer beinahe zur lange unangefoch-

ten an der Spitze liegenden ODS aufschließen, wie auch andere Umfragen bestätigten. Allerdings vergrößerte sich bis Ende des Jahres der Abstand wieder auf rund 10 Prozentpunkte und blieb auch bis im April 1996 praktisch gleich (55). Die Koalitionsparteien hatten durch ein geschlosseneres Auftreten ihr Image wieder etwas aufbessern können, auch wenn im Herbst einige umstrittene politische Geschäfte anstanden, wie die Verlängerung der „Lustration“, der „antikommunistischen“ Gesetzesvorlage bis ins Jahr 2000, bei der das Parlament das Veto von Präsident Havel überstimmte (56). Zudem dürfte sich auch die verbesserte Wirtschaftslage zu ihren Gunsten ausgewirkt haben, so daß das traditionelle Übergewicht der Rechten gegenüber der Linken wieder zum Tragen kam.

In Tschechien hatten sich bezeichnenderweise noch im März 1995 mehr Befragte zur Rechten als zur Linken gezählt, nämlich 39 Prozent gegenüber 21 Prozent, während sich 29 Prozent der Mitte zugeordnet hatten. Daß beträchtliche Teile der tschechischen Bevölkerung zwar „linke“ Forderungen unterstützten, wie auch Umfragen über die geplanten Sozialleistungsveränderungen zeigten, sich aber trotzdem eher „rechts“ positionierten, war ein politisch äußerst wirksamer Widerspruch. Václav Klaus jedenfalls hatte bisher darauf zählen können. Offenbar hat er den Bogen allerdings etwas überspannt, gingen seine Reformpläne zu weit. Die Tschechen und Tschechinnen sind zwar geduldig und meist auch kühle Rechner – von der Rechten erwarten sie vor allem wirtschaftlich mehr als von der Linken –, aber sie sind immer noch relativ egalitär eingestellt. Dies dürfte denn auch den Ausschlag gegeben haben, daß die Koalitionsparteien in den Wahlen von Anfang Juni 1996 die absolute Parlamentsmehrheit verloren – wenn auch nur ganz knapp mit zwei Mandaten unter dem absoluten Mehr. Vor allem die ODS von Klaus, die im März mit der kleinen KDS fusioniert hatte, mußte Verluste hinnehmen. Zwar erreichte sie mit 30 Prozent den gleichen Stimmenanteil wie 1992; da aber deutlich weniger Stimmen auf kleine Parteien entfielen, die die Fünfprozenthürde nicht überwandten, konnte sie dieses Mal weniger Überhangmandate erringen und verlor gegenüber den letzten Wahlen 8 Mandate. Die etwas sozialer eingestellten Christdemokraten von der KDU konnten sich hingegen etwas verbessern (8 Prozent; plus 3 Mandate), während die liberalkonservative ODA trotz eines leicht höheren Stimmenanteil von 6,5 Prozent ein Mandat einbüßte. Allerdings gelang es auch der sozialdemokratischen CSSD nicht, die ODS zu überflügeln, und dies trotz großer Gewinne, die nicht zuletzt aufgrund eines vor allem auf dem Lande erfolgreich geführten Wahlkampfes zustande kamen (Stimmenanteil 26 Prozent, plus 45 Mandate) (57). Da von den insgesamt 16 zur Wahl angetretenen Parteien sonst nur noch zwei extreme, politisch völlig isolierte Parteien – die Kommunisten einerseits (Stimmenanteil 10 Prozent) und die Rechtsnationalisten von der SDPR-RSC andererseits (Stimmenanteil 8 Prozent) – den Sprung ins Parlament schafften, resultierte eine sehr ungünstige Konstellation, die keine stabile Regierungsbildung mehr erlaubte.

4. Fazit

Tschechien und die Slowakei schlugen sowohl wirtschaftlich als auch politisch grundsätzlich ähnliche Umgestaltungsstrategien in Richtung auf ein westliches System ein. Aufgrund verschiedener aktueller und historischer Ausgangsbedingungen kam es aber zu deutlichen Unterschieden in den Akzentsetzungen und den Ergebnissen der Reformpolitik, was die besondere Bedeutung länderspezifischer Verhältnisse im „postsozialistischen“ Transformationsprozeß unterstreicht. Die slowakische Entwicklung verlief dabei generell „chaotischer“, mit mehr Brüchen und Wendungen als diejenige Tschechiens, vor allem im politischen Bereich. Sie liegt damit der polnischen Entwicklung näher, während die tschechische viel stabiler ablief und eher mit der ungarischen oder der slowenischen Entwicklung vergleichbar ist.

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief erstaunlicherweise positiver, als man allgemein erwartet hatte, wobei Tschechien, nicht zuletzt aufgrund des Startvorteils, erwartungsgemäß besser abschnitt als die kleinere Slowakei. Diese erreichte aber überraschenderweise 1994/95 – nach einem stärkeren Einbruch im ersten Jahr nach der Unabhängigkeit – eine etwas schnellere und nachhaltigere Erholung des Wachstums, während Tschechien eine bessere monetäre Stabilität und eine deutlich geringere Arbeitslosigkeit verzeichnen konnte. Diese Unterschiede hingen mindestens teilweise mit dem wirtschaftspolitischen Kurs zusammen, der in der Slowakei etwas stärker export- und wachstumsorientiert war als in Tschechien, wo strikter eine – allerdings sozial etwas abgefederte – neoliberale Stabilitätspolitik verfolgt wurde. In der Slowakei Meciar wurde auch eine staatlich dominierte strukturelle Umstellung mit „Klientelkapitalismus“-Elementen forciert, während in Tschechien mehr privatwirtschaftlich-korporatistische Elemente im Vordergrund standen, gefördert durch die zweite Welle der allgemeinen Privatisierung und die dominante Stellung der Investmentfonds und Banken. In beiden Ländern stehen immer noch schwerwiegende Probleme an wie die Sanierung unrentabler Betriebe, die Reform der Sozialleistungssysteme und eine „Zähmung“ allzu „wilder“ Kapitalismusstrukturen mit ihren unlegitimierten sozialen Unterschieden. Auch eine weitere deutliche wirtschaftliche Erholung ist mittelfristig noch nicht gesichert. Sie hängt neben der internen Entwicklung insbesondere von der ökonomischen Entwicklung und der Ostpolitik Westeuropas ab. Der Abstand zur EU ist immer noch groß – beispielsweise war 1995 das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Tschechien fast 50 Prozent und in der Slowakei gut 60 Prozent geringer als der EU-Durchschnitt (58). Selbst bei günstigen Verhältnissen wird es ungefähr eine Generation brauchen, bis eine weitgehende Annäherung erreicht ist, wobei Tschechien dank des Startvorteils etwas schneller vorankommen dürfte.

Die politische Umstellung schien zwar einfacher durchführbar als die wirtschaftliche, aber auch hier zeigten sich große Probleme. Obwohl die

Entwicklung in Tschechien um einiges stabiler verlief als in der Slowakei und durch die Kontinuität einer „bürgerlichen“ Mitte-Rechts-Regierungskoalition geprägt war, kam es auch dort zu intensiven Konflikten und wachsender Enttäuschung. Daß in Tschechien allerdings bei den von Juni 1996 keine Wahlen im Frühjahr 1996 eine ähnliche Wende nach „links“ wie in Polen oder Ungarn erfolgte, ist verständlich. Zu unterschiedlich sind die politischen Einstellungen und das Parteiengefüge, obwohl in Tschechien ebenfalls eine zunehmende Polarisierung zwischen einem eher „rechtsorientierten“ und einem eher „linksorientierten“ Lager zu erkennen ist. Jedenfalls spielten die zu traditionell eingestellten Postkommunisten Tschechiens im Gegensatz zu Polen oder Ungarn keine entscheidende Rolle, da die Sozialdemokraten sich zur führenden Kraft links der Mitte emporgearbeitet hatten. Allerdings verloren die Parteien der Regierungskoalition ihre absolute Mehrheit, und die Bildung einer stabilen Regierung wurde durch die entstandene ungünstige Kräftekonstellation erschwert. Tschechien scheint sich nunmehr in Richtung eines „deutschen“ Parteiensystems zu entwickeln, mit der rechtsbürgerlichen ODS und der sozialdemokratischen CSSD als den beiden Hauptparteien.

In der Slowakei hingegen dürfte die Herausbildung eines stabilen Parteiengefüges länger dauern. Hier dominieren immer noch – sogar noch ausgeprägter als im Nachbarland Polen – Parteien- und Politikerrallianzen, die stärker durch persönliche Rivalitäten und Unterschiede des politischen Stils geprägt sind als durch programmatische Differenzen, was auch mit der schwierigen Staats- und Nationsbildung zusammenhängt. Als charismatischem „Staatgründer“ gelang es dem stark polarisierend wirkenden Meciar weiterhin, die dominante politische Persönlichkeit zu bleiben, und dies trotz seiner autoritären Neigungen und seines impulsiven Stils – Eigenschaften, die beispielsweise in Polen entscheidend zur Wahlniederlage Walesas beigetragen haben (59). Die Spaltung der politischen Szene in Meciar-Anhänger und Meciar-Gegner bewirkte im wesentlichen auch die große Instabilität mit bereits der dritten Regierung, wobei die letzten zwei Koalitionen ungewöhnliche Zweckallianzen von „linken“ bis „rechten“ Parteien beinhalteten.

Trotz aller Schwierigkeiten ist aber mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß nicht nur in Tschechien, sondern auch in der Slowakei die grundlegenden demokratischen Strukturen erhalten bleiben. Und wenn man an die schwierigen, teilweise sogar verheerenden Konflikte und Probleme denkt, die im Zusammenhang mit der Aufteilung Jugoslawiens oder der UdSSR entstanden sind, darf die Entwicklung Tschechiens und der Slowakei nach der Trennung als recht erfolgreich eingestuft werden.

Anhang

Tabelle 1:

Wirtschaftsentwicklung 1990–1996

	Wachstum BIP ¹⁾	Arbeits- losenrate	Inflation	Budget- ergebnis ²⁾	Real- löhne	Anteil des Privat- sektors am BIP ³⁾
TSCHECHIEN						
1990	– 1	1	10	0	– 5	12
1991	–14	4	57	2	–26	17
1992	– 6	3	11	0	10	28
1993	– 1	4	21	0	4	45
1994	3	3	10	1	7	56
1995	5	3	9	0	8	
1996	5–6	3	8–9			
SLOWAKEI						
1990	– 3	2	10	0	– 6	4
1991	–14	12	61	–4	–25	15
1992	– 7	10	10	–3	9	22
1993	– 5	14	23	–7	–4	25
1994	5	15	13	–4	3	44
1995	6	13	8	–2	4	
1996	5	13–14	9–10			
Zum Vergleich:						
POLEN						
1990	–12	6	586	0	–24	31
1991	– 7	12	70	–3	1	45
1992	2	14	43	–6	–4	48
1993	4	16	35	–3	–1	54
1994	5	16	32	–3	3	56
1995	7	15	28	–3	3	
1996	5–6	13–14	20–21			

¹⁾ Außer der Arbeitslosenrate (Stand Jahresende), dem Anteil des Privatsektors (Stand Jahresende) und dem Budgetergebnis sind alle Zahlen prozentuale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Die Zahlen von 1995 sind z. T. vorläufig, die Zahlen für 1996 sind Voraussagen des WIIW 225 (1996).

²⁾ Minuszahlen: Budgetdefizit in Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukt), Pluszahlen: Budgetüberschuß in Prozent des BIP.

³⁾ Die offiziellen Zahlen sind als ungefähre Schätzwerte zu betrachten (ohne Genossenschaftssektor); inoffizielle Schätzungen der EBRD geben für Mitte 1995 für den gesamten Privatsektor etwas höhere Zahlen an: Tschechien 70 Prozent, Slowakei 60 Prozent (höherer Genossenschaftsanteil mit rund 14 Prozent) und Polen 60 Prozent, vgl. EBRD (1995) 11.

Quellen: Nationale Statistiken und WIIW 204 (1994) und (225) 1996, Business Central Europe (Febr. 1996), EBRD (1995) 28.

Tabelle 2:**Reformeinstellungen 1990–1994**

Akzeptanzindex

(Prozent positive Antworten minus Prozent negative Antworten nach repräsentativen Umfragen, die jeweils im Herbst des betreffenden Jahres durchgeführt wurden)

	Einführung der Markt- wirtschaft	Allgemeine Richtung der Entwicklung	Entwicklung der Demokratie	Respektierung der Menschenrechte
TSCHECHIEN				
1990	54	37	-16	
1991	39	17	-25	34
1992	23	24	-19	19
1993	15	28	0	12
1994	11	25	-9	7
SLOWAKEI				
1990	28	13	-42	
1991	29	-30	-55	30
1992	15	- 1	-53	37
1993	-4	-32	-59	27
1994	0	-39	-62	36
Zum Vergleich:				
POLEN				
1990	47	13	1	
1991	28	-41	-21	- 4
1992	33	-29	-24	-17
1993	29	- 4	-14	-19
1994	26	-30	-40	-29
1995	46	7	- 3	- 3

Quelle: Central and Eastern Eurobarometer 5 (1996) 10, 15 und 18.

Anmerkungen

- (1) Eine ausführliche Darstellung des Entwicklungsweges der Tschechoslowakei bzw. Tschechiens und der Slowakei bis 1993 ist in Juchler (1994) enthalten, wo neben einer Gesamtdarstellung des osteuropäischen Transformationsprozesses auch die polnische Entwicklung detailliert beschrieben ist. Für eine Kurzfassung vgl. *Wirtschaft und Gesellschaft* 20/1 (1994) 83–110.
- (2) *Central European Economic Review* (Dec. 1995) 9, *Gazeta Bankowa* (7. 1. 1996) 28. Vgl. auch Lidove Noviny (22. 3. 1995), wo ein Ausspruch von Klaus an einer Tagung von Finanzexperten in Prag zitiert wird, daß sich die tschechische Wirtschaft bereits in der Phase nach der Transformation befinde.
- (3) *Transition* 23 (1995) 53, *Business Central Europe* (Dec. 1995) 13.
- (4) Vgl. dazu Wolchik (1991) und Juchler (1994), wo auch Literaturhinweise enthalten sind.
- (5) Juchler (1994) 95f., vgl. auch Tabelle 2 im Anhang.
- (6) EBRD (1995) 39 und 57.
- (7) Juchler (1994) 344 und 356f., WIIW 204 (1994) 26.
- (8) *Wirtschaft und Gesellschaft* 1(1994) 101f.
- (9) WIIW 204 (1994) 34ff., Fisher (1994) 89.
- (10) WIIW 214 (1995) 19, WIIW 225 (1996) 90, World Bank (1994) 91. Es war denn auch nicht überraschend, daß in einer Umfrage im Dezember 1993 58 Prozent der Befragten angaben, daß ihr Lebensstandard sich im letzten Jahr verschlechtert habe, nur 13 Prozent, daß er sich verbessert habe, vgl. *SU SR – VVM* 1 (1995) 4.
- (11) World Bank (1994) 42, EBRD (1995) 28.
- (12) Fisher (1995) 61ff. Die Slowakei verzeichnete in der Folge einen Handelsüberschuß mit Tschechien. Das bilaterale Zahlungsabkommen der beiden Länder auf der Basis eines Clearingsystems, das nach dem Wegfall der gemeinsamen Währung installiert worden war, wurde von Tschechien Mitte 1995 gekündigt und trat ab Oktober 1995 außer Kraft. Kurz darauf einigte man sich auf die Begleichung des Überschusses von 130 Millionen Ecu, vgl. *Business Central Europe* (Febr. 1996) 13.
- (13) Die Direktinvestitionen pro Kopf waren denn auch rund dreimal geringer als in Tschechien, vgl. WIIW 225 (1996) 20. Zur Privatisierung vgl. *Gazeta Wyborcza* (1. 10. 1994) Beilage *Gazeta Srodkowoeuropejska*, EBRD (1995) 28, Fisher (1995), 61f.
- (14) *SU SR – VVM* 1 (1995) 4, EBRD (1995) 56. Allerdings war die offizielle Einkommensungleichheit zwischen 1987–1993 praktisch gleich geblieben mit einem Gini-Index von 0.20, im Gegensatz zu Tschechien, wo der Index von 0.19 auf 0.27 angestiegen war, vgl. Milanovic (1994) 12.
- (15) 1995 betrug der Lohn rund 230 \$; allerdings war die effektive Kaufkraft durch die Unterbewertung der Währung einiges höher und fiel gerade im Konsumgüterbereich relativ günstig aus, vgl. WIIW 225 (1996) 28 und 85, sowie *Business Central Europe* (Febr. 1996) 64, wo die Slowakei bei einer Untersuchung der Kaufkraft der Durchschnittsstundenlöhne hinter Ungarn und Polen, aber noch vor Tschechien rangierte.
- (16) Siehe z. B. die Ölraffinerie Slovnaft, die durch trickreiche Umwege unter die Kontrolle des Managements fiel, vgl. *Business Central Europe* (Febr. 1996) 26f.; zur Privatisierung generell vgl. EBRD (1995) 57 und WIIW 225 (1996) 88.
- (17) WIIW 207 (1995) 19 und 225 (1996) 20 und 88, *Business Central Europe – Annual Review* (Dec. 1995) 32 und (Feb. 1996), 77. Mit 733 Millionen \$ war der Stand der Direktinvestitionen Ende 1995 fast achtmal geringer als in Tschechien.
- (18) Einige bekannte slowakische Unternehmen sind zwar kreditwürdiger geworden, vor allem seit im Mai 1995 die ersten internationalen Kreditratings verteilt worden sind. VUB, die größte Bank, und VSZ, ein Stahlunternehmen, konnten international aufgelegte Anleihen von 60 bzw. 35 Millionen \$ 1995 ohne Mühe zeichnen lassen, vgl. *Business Central Europe* (Dec. 1995) 47 sowie WIIW 225 (1996) 10 und 89.
- (19) *CSU Indicators* 2 (1995), Juchler (1994), WIIW 204 (1995).
- (20) Pehe (1994) 73, WIIW 204 (1995) 19.
- (21) *Business Central Europe* (Oct. 1994) 11, *Gazeta Wyborcza* (1./2. 10. 1994), Beilage *Gazeta Srodkowoeuropejska* 16, Pehe (1994). Zur generellen Einschätzung vgl. Juchler (1995), *Economist* (22. 10. 1994) 23ff.

- (22) IVVM 3/81 und 21/33 (1995), Central and Eastern Eurobarometer 3 (1993), Figure 2 und 4 (1994) Figure 2.
- (23) CSU Indicators 2 (1995) und CSU Quarterly Bulletin 1 (1995), 33.
- (24) Pehe (1995) 31, EBRD (1995) 193; zur Verschlechterung der Außenhandelsbeziehungen vgl. auch Business Central Europe (July 1995) 20, Transition Newsletter (Worldbank) 5-6 (1995) 6.
- (25) In der Slowakei perzipierten 1994 16 Prozent eine Verbesserung, 52 Prozent eine Verschlechterung, vgl. Central and Eastern Eurobarometer 4 (1994) Figure 2 und 5 (1995) Figure 2; IVVM 3/81 und 21/33 (1995).
- (26) Lidove Noviny (19. 4. 1994) 3.
- (27) EBRD (1995) 28, CSU Indicators 2 (1995) A1.
- (28) Lidove Noviny (4. 8. 1995) 1, Polityka 49 (1994) Dodatek Prywatyzacja.
- (29) WIW 225 (1996) 56ff, Komerční Banka, Economic Trends 2 (1996) 1ff., CSU Bulletin 12 (1995) 20.
- (30) EBRD (1995) 39.
- (31) IVVM 7/88 (1995). Eine gewisse Verbesserung der Stimmung erfolgte erst im Herbst, vgl. IVVM 7/106 (1995): Anfang November waren 65 Prozent zufrieden, 33 Prozent unzufrieden mit ihrem Lebensstandard.
- (32) Rude pravo (27. 3. 1995), 1f. Beispielsweise wurde geplant, nur noch eine minimale obligatorische Altersrente auszubezahlen und private Zusatzversicherungen einzuführen. Zur Sozialpolitik vgl. Vecernik (1995) 26ff.
- (33) Transition 24 (1995) 46f., Budovani Statu 11 (1994) 11, Tagesanzeiger (26. 3. 96), Streiks gab es weiterhin fast keine. 1995 gingen nur gerade 2.000 Arbeitstage verloren, 1994 3.100 (nach Angaben des CSU, des Statistischen Amtes in Prag) 3.
- (34) WIW 225 (1995) 54.
- (35) Lidove Noviny (22. 3. 1995).
- (36) Vgl. dazu ausführlich Juchler (1994), wo auch Literaturhinweise enthalten sind; Butora, Butorova (1993).
- (37) RFE/RL Research Report 7 (1993) 13ff.
- (38) Vgl. Wirtschaft und Gesellschaft 1 (1994) 102f.
- (39) Daten des SU SR – VVM; sofern nichts anderes vermerkt ist, stammen die im folgenden verwendeten Umfragedaten von der gleichen Quelle, dem slowakischen Meinungsforschungsinstitut des Statistischen Amtes.
- (40) RFE/RL Research Report 13 (1994) 8f.
- (41) SU SR VVM 3 (1994) 35; zum Wirtschaftskurs vgl. vorne Abschnitt 2 und RFE/RL Research Report 33 (1994) 58f.
- (42) Focus (1995) 74f.; zu den Wahlen vgl. auch Szolomanyi, Meseznikov (1995).
- (43) Vgl. dazu Fisher (1995) 60f.
- (44) Business Central Europe (Febr. 1996) 13, NZZ (15. 3. 1996) 7.
- (45) Zu den beiden Affären vgl. Lidove Noviny (29. 3. 1995) 1, Transition 19 (1995) 39ff.
- (46) Business Central Europe (Dec. 1995) 13, Transition 24 (1995) 58ff.
- (47) Umfrage des Focus, zitiert nach Budovani Statu 12 (1995) 37, Central and Eastern Eurobarometer 6 (1996) Figabe 1-6, SU SR VVM 1 (1996) 12f; zu den Einstellungen und ihren Widersprüchen vgl. die ausgezeichneten Studien von Focus (1994) und (1995).
- (48) Wirtschaft und Gesellschaft 1 (1994) 101f., Pehe (1994).
- (49) Pehe (1994) 70f.
- (50) Daten des IVVM; sofern nichts anderes vermerkt ist, stammen die im folgenden verwendeten Umfragedaten von der gleichen Quelle, dem tschechischen Meinungsforschungsinstitut des statistischen Amtes.
- (51) Pehe (1995), Tagesanzeiger (20. 5. 1995), Brokl (1995).
- (52) Focus (1995) 7f. und 31ff.; für ähnliche Resultate vgl. auch Rose, Haerpfer (1995): in einer Umfrage vom März 1994 meinten z. B. nur 29 Prozent in Tschechien und 15 Prozent in der Slowakei, daß der gewöhnliche Bürger die Regierungen besser beeinflussen könne als im kommunistischen Regime.
- (53) Vgl. dazu Transition 13 (1995) 70ff.
- (54) Lidove Noviny (22. und 29. 3. 1995), Transition 9 (1995) 8f.
- (55) Lidove Noviny (4. 8. 1995) 3; die Unterschiede betragen je nach Umfrage 2-5 Prozent.
- (56) Central Business Europe (Dec. 1995) 27.

- (57) Vgl. dazu z. B. die Wahlreportage des Autors in der (schweizerischen) Wochenzeitung *WoZ* (31. Mai) 9–10, *Respekt* 18 (1996) 2.
 (58) In Polen war der Abstand mit fast 70 Prozent noch größer, vgl. *WIIW* 225 (1996) 33.
 (59) Juchler (1996).

Literatur

- Brokl, Lubomir et. al., *Ceska Republika v roce* (Praha 1995).
 Butora, Martin; Butorova, Zora, Slovakia: The Identity Challenges of the Newly Born State, in: *Social Research* 60/4 (1993) 705–736.
 Budovani Statu (mezinarodni politologicky ustav, univerzity Brno), *Prehledy ceske a slovenske politiky* (Brno 1994ff.)
 Central and Eastern Eurobarometer (Brussels 1990ff.)
 CSU (Czech Statistical Office), *Indicators of the Economic and Social Development* (Prague 1995).
 CSU (Czech Statistical Office), *Quarterly Statistical Bulletin* (Prague 1995).
 CSU (Cesky statisticky urad), *Bulletin* (Praha 1996).
 EBRD (European Bank for Reconstruction and Development), *Transition report 1995* (London 1995).
 Fisher, Sharon, Slovakia: The First Year of Independence, in *RFE /RL Research Report* 3/1 (1994) 87–92.
 Fisher, Sharon, Slovakia: Turning Back?, in *Transition* 1/1 (1995) 60–64.
 Focus (Centrum pre socialnu a marketingovu Analyzu), *Current problems of Slovakia – Report of the Sociological Survey May 1994* (Bratislava 1994).
 Focus (Centrum pre socialnu a marketingovu Analyzu), *Current problems of Slovakia – Report of the Sociological Survey December 1994* (Bratislava 1995).
 IVVM (Institut pro vyzkum verejneho mieneni), *Survey-Kurzberichte* (Praha 1993ff.)
 Juchler, Jakob, *Umbruch in Osteuropa. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989–1993 – Gesamtüberblick und Fallstudien* (Zürich 1994).
 Juchler, Jakob, *Der Reformprozeß in der Tschechoslowakei bzw. in Tschechien und der Slowakei. Zum Wechselspiel von politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 20/1 (1994) 83–109.
 Juchler, Jakob, *Osteuropäische Erfolgsstories – die Reformwege Polens und Tschechiens im Vergleich*, in: *Europäische Rundschau* 4 (1995) 25–36.
 Juchler, Jakob, *Machtwechsel – die Präsidentschaftswahlen in Polen*, in: *Osteuropa* 3 (1996).
 Milanovic, Branko, *Distribution of Income – Old and New Forms of Poverty and Precariousness*, Council of Europe: *Colloquy On Social Protection* (Strasbourg 1994).
 Pehe, Jiri, *The Czech Republic: A Successful Transition*, in: *RFE/RL Research Report* 3/1 (1994) 70–76.
 Pehe, Jiri, *A Leader in Political Stability and Economic Growth*, in: *Transition* 1/1 (1995) 29–34.
 Rose, Richard; Haerpfer Christian, *New Democracies Barometer III*, SPP (Studies in Public Policy) 230 – Centre for the Study of Public Policy (Glasgow 1995).
 SU SR – VVM (Statisticky urad Slovenskej republiky – vyzkum verejnej mienky), *Na-zory – Informacny Bulletin* (Bratislava 1993ff.).
 Szomolanyi, Sona; Meseznikov, Grigirij (Hrsg.), *Slovak Parliamentary Elections 1994* (Bratislava 1995).
 Vecernik, Jiri, *Household Incomes and Social Policies: The Czech Republic in the Period 1989–1995* (Praha 1995).
 WIIW (Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche), *Forschungsberichte* (Wien 1993ff.).
 Wolchik, Sharon L., *Czechoslovakia in Transition. Politics, Economics and Society* (London 1991).
 World Bank, *Slovakia – Restructuring for Recovery – A World Bank Country Study* (Washington, D.C. 1994).